…chungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv

Heft 3

Hans Herzfeld

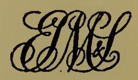
Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875

E. S. Mittler und Sohn, Berlin SW. 68

Forschungen und Darstellungen

aus dem

Reichsarchiv



Drittes Heft

Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875

Von Hans Herzfeld

Berlin 1922 / Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn

Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875

Von

Hans Herzfeld

ESM&S

Berlin 1922 / Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn

Vorwort.

Für Unterstützung bei der Entstehung der vorliegenden Arbeit bin ich zu besonderem Danke verpflichtet Herrn Geheimrat Prof. Fester, der mir vor allem bei der schwierigen Beschaffung der neueren ausländischen Arbeiten wertvolle Hilfe geboten hat. Herrn Präsidenten v. Mertz bin ich verpflichtet für die Erlaubnis zur Benutzung der Akten des Reichsarchives in Potsdam, Herrn Bibliotheksdirektor Dr. Thimme für die Überlassung der für mein Thema unentbehrlichen Partien der „Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914“ in den Druckbogen, die es mir ermöglichten, meine Arbeit noch im Verlaufe des Jahres 1921 zum Abschluß zu bringen. Schließlich habe ich dem Reichsarchiv dafür zu danken, daß es meiner kleinen Schrift Aufnahme in die Reihe seiner Veröffentlichungen gewährt hat.

Halle a. S., den 1. April 1922.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

I. Aufgabe und Quellen.

Die deutsch-französische Spannung des Jahres 1875, die erste große europäische Krise des 1871 neu gestalteten Europa, ist bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts für das Interesse der Zeitgenossen lebendig und Gegenstand lebhafter Erörterungen geblieben. Erst als die Generation Bismarcks, die miterlebend und handelnd an diesen Ereignissen teilgenommen hatte, um die Wende des Jahrhunderts zu schwinden begann, setzte hier wie an verwandten Problemen — so der Vorgeschichte des Krieges 1870/71 — unbefangene historische Forschungsarbeit ein. Hier wie dort schien man in den Jahren vor dem großen Kriege zu einem ruhigen Urteil kommen zu können, indem sich ein Ausgleich in den Ansichten der Forscher auch der an den Ereignissen beteiligten Völker anbahnte. Die eingehende Darstellung Hanotaux' in der Histoire de la France contemporaine war — weil vornehmlich auf französisches Material gestützt — gewiß ergänzungsbedürftig, aber anerkennenswert in der wohlüberlegt vorsichtigen Formulierung des Urteils über Ziele und Absichten der bisher von französischer Seite so bitter angefeindeten Bismarckschen Politik[1]). Die von ihm benutzten Papiere des Herzogs von Decazes zeigten, wie das angeblich von Deutschland mit dem Untergange bedrohte Frankreich diplomatisch eine nichts weniger als passive Rolle gespielt hatte und denn auch mit einem großen Erfolge belohnt worden war.

Daß der Weltkrieg diese ruhige Objektivität gegenüber den Ereignissen des letzten Menschenalters zum Teil wieder getrübt hatte, zeigte sehr schnell der Angriff, den J. Holland Rose in seinen Vorlesungen über den Ursprung des Krieges schon 1914 gegen Hermann Oncken machte[2]). Er warf der älteren Onckenschen Darstellung in der Cambridge Modern History vor,

---

[1]) Hanotaux II, 2. S. 224 bis 228. Ganz zurückhaltend ist dann Seignobos (1907) S. 781. Doch gibt er referierend auch die üblichen französischen Ansichten wieder. — Matter: Bismarck et son temps. Paris 1906. III, S. 391 nimmt zwar Neigung zum zerschmetternden Präventivkrieg bei Bismarck an, sieht aber im Alerte nur ein erstes Sondieren der anderen Mächte, das ihn zu sofortigem Einhalten bewogen habe.

[2]) I. Holland Rose: The Origins of the War. Lectures. Cambridge 1915. — H. Oncken: Cambridge Modern History XII, p. 141, und erneut in: Deutschland und der Weltkrieg. (Leipzig 1915. Teubner.) Bd. II, S. 531.

den Ernst der Ereignisse von 1875 ungebührlich herabgesetzt zu haben. Sein Versuch, zu beweisen, daß Deutschlands Haltung damals eine ernste Gefährdung des Friedens bedeutet habe, war freilich ungenügend. Er stützte sich nur auf ältere gedruckte Quellen (Erinnerungen Moriers, Gavards, Bismarcks Brief vom 13. Aug. 1875), die Oncken wie Hanotaux vorgelegen hatten und beide zu den gleichen von Rose stark abweichenden Schlüssen geführt hatten. Weiterführend war aber an den Roseschen Thesen der Hinweis auf die allgemeine Bedeutung der Ereignisse von 1875. Oncken ging auf diese Seite der Sache in seiner kurzen Entgegnung nicht ein. Denn seine Vorgeschichte des Weltkrieges setzte erst ein mit dem Sturze Bismarcks, während der Engländer, schon damals das Jahr 1871 als den Ausgangspunkt der zum Weltkrieg führenden Entwicklung in Auge fassend, in der Episode von 1875 zugleich die erste, in die Zukunft weisende Differenz „der beiden großen Zweige der germanischen Familie" wie die erste Fühlungnahme der späteren Ententemächte sah.

Damit war ein beachtenswerter Fingerzeig gegeben. Eine Nachprüfung der Ereignisse von 1871—1888 wird jetzt diese Zeit schon in Beziehung setzen mit der Vorgeschichte des großen Krieges, der den Abschluß der geschichtlichen Periode von 1871—1914 bildet. Nur wenn man so die Zeit seit 1871 zur Vorgeschichte des Weltkrieges rechnet, wird Bismarcks vom cauchemar des coalitions beherrschte Bündnispolitik verständlich. Heute sind wir imstande, nachzuweisen, daß er selbst die Episode von 1875 als ein Warnungssignal auffaßte, in dem gefährliche Zukunftsmöglichkeiten zum ersten Male deutlich sich am Horizonte abzeichneten. Unmittelbar darauf hat er den ersten Versuch gemacht, mit England in ein näheres Verhältnis zu treten[1]). Auf eine vertrauliche Sendung Lothar Buchers, über die leider die Akten des Auswärtigen Amtes nichts enthalten, sind im Jahre 1876 vorsichtige Fühler durch den Botschafter in London, Grafen Münster, gefolgt, die aber von den englischen Staatsmännern trotz anfänglich freudiger Begrüßung mit vorsichtigem Ausweichen beantwortet wurden. Diese Möglichkeit des englischen Bündnisses, die mit dem Jahre 1875 ihren Anfang nimmt, führt direkt hinüber bis an die Grenzen der Bismarckschen Periode und findet ihre Fortsetzung in den späteren Bülowschen und Bethmannschen Verhandlungen mit England — freilich in der für unsere Entwicklung so verhängnisvollen abgleitenden Skala — bis an die Schwelle der Katastrophe von 1914.

[1]) Herm. Frhr. v. Eckardstein: Lebenserinnerungen. Politische Denkwürdigkeiten. Leipzig 1919. Vor allem Bd. II. Neuerdings noch Monypenny and Buckle: Life of Benjamin Disraeli. 1868—1876. Bd. VI, S. 22 und 487. Akten des Auswärtigen Amtes (vgl. S. 7) Bd. IV, S. 3/4, Anm.

Eine Nachprüfung der Geschichte des Jahres 1875 im jetzigen Zeitpunkte vertieft in erster Linie den Hintergrund. Sie wird mit dem episodenhaften Charakter aufräumen, den man von deutscher Seite vor 1914 in optimistischer Illusion so gern jener Krise zuerteilt hätte.

Noch Plehn in seinem ausgezeichneten Buche zur Geschichte der auswärtigen Politik Bismarcks hat die alte Auffassung festgehalten[1]). Während er in den kritischen Einzelfragen mit seiner schwer beirrbaren Nüchternheit und mit gutem realpolitischen Takte meist das Richtige sah und schon auf breiter Basis eine Widerlegung der französischen Vorwürfe gegen die Bismarcksche Politik sicherte, verhinderte in der Würdigung der Gesamtbedeutung dieser Vorgänge seine mißtrauische Skepsis eine Umwertung der überlieferten Schätzung. Die Affäre von 1875 ist ihm lediglich ein Nachspiel des deutsch-französischen Krieges von symptomatischem Interesse, die „politische Folgen von Bedeutung" nicht gehabt hat. Das ist eine Auffassung, die so doch nicht haltbar ist.

Wir haben vielmehr allen Grund, die Erörterung der Frage nicht allzu leicht zu nehmen, solange außerhalb Deutschlands aus jeder Episode unserer Geschichte seit 1871 ein Glied der gegen uns geschmiedeten Anklagen gemacht wird. Soeben hat erst Raymond Poincaré in der Revue de la Semaine illustrée[2]) die alten Beschuldigungen erneuert und die Verbindung zwischen der Episode von 1875 und Deutschlands späterer Einkreisung, so, wie sie unseren Gegnern sich darstellt, betont: „Es bestand in der Tat schon in dem, was sich soeben ereignet hatte, sozusagen eine erste Skizze der Politik, aus der die Triple-Entente hervorgehen sollte, und wenn wir Deutschland vertreten hören werden, daß England, Rußland und Frankreich seine Einkreisung mit Vorbedacht ins Auge gefaßt haben, werden wir uns erinnern, daß es Bismarcks Drohungen sind, die diese drei Mächte 1875 zum ersten Male gezwungen haben, sich zur Aufrechterhaltung des Friedens ins Einvernehmen zu setzen".

Eine Arbeit wie die des Amerikaners Fuller[3]) beweist, daß dies Urteil auch einen um Objektivität bemühten neutralen Historiker in seinen Bann zieht und unbedingt einer sachlichen, eingehenden Prüfung bedarf, soll nicht im Rahmen der historischen Wissenschaft die Kluft zwischen deutschem und nichtdeutschem Urteil auf lange hinaus bestehen bleiben.

Eine solche Untersuchung hat sich demnach vornehmlich auseinanderzu-

---

[1]) H. Plehn: Bismarcks auswärtige Politik seit der Reichsgründung. München und Berlin 1920. S. 55.

[2]) Raymond Poincaré: Les Origines de la Guerre. La Revue de la Semaine illustrée. 1921. Nr. 6 bis 9 (S. 245). Als Bd. bei Plon, Nourrit & Cie. 1921.

[3]) Über Fullers Arbeit vgl. Anhang S. 56ff.

setzen mit der französisch-englischen Auffassung, die in den Ereignissen von 1875 eine erste frevelhafte kriegerische Herausforderung Europas durch den deutschen Militarismus sieht. Es ist das eine Auffassung, die an sich schon durch ihre simplifizierende Art verdächtig ist, die auch zum wenigsten in dieser groben Form stark agitatorisches Gepräge trägt, verwandt jenen Mitteln, mit denen auf gegnerischer Seite immer wieder gerade gegen Deutschland der politische Propagandakampf geführt worden ist.

Die Lösung der Aufgabe war lange erschwert durch den ungleichen Stand des beiderseitigen Quellenmaterials.

Am ausgiebigsten war bis jetzt das französische Material zu unserer Frage zugänglich.

Hier sah man schon immer wie noch heute Poincaré in den Ereignissen von 1875 den ersten großen diplomatischen Erfolg seit 1871 und ein gern betrachtetes Vorspiel des russisch-französischen Bündnisses von 1893. So sorgten alle beteiligten Mitspieler dafür, ihren Anteil ins rechte Licht zu setzen: Schon 1877 — in einer Zeit wachsender deutsch-russischer Spannung — erschienen im Figaro[1]) die Depeschen des Generals Le Flô aus Petersburg; die des Londoner Geschäftsträgers Gavard kamen 1895[2]). Die Papiere Gontaut-Birons konnten zum Teil 1896 von Broglie[3]) benutzt werden. Wichtiger, weil die Zentrale, das Hirn der französischen Arbeit bloßlegend, waren dann die Ergebnisse, die Hanotaux auf Grund der Einsicht in die ungedruckten Papiere des Herzogs Decazes bieten konnte (1906). Dreux[4]) eingehende Publikationen aus den Papieren Gontaut-Birons breiteten das Material schließlich in der ganzen Fülle aus.

Ebenso trümmerhaft, wie diese Phalanx geschlossen erscheint, war demgegenüber der Zustand der deutschen Überlieferung. Hier lockte zuerst der gegnerische Angriff die lange und leidenschaftliche Reihe der Bismarckschen Entgegnungen heraus. Zuerst intime Klagen über Gortschakows hinterlistigen Nackenstreich, über die Treibereien seiner Gegner und das taktlose Gebaren der Presse, geäußert zu Vertrauensleuten wie im Juni 1875 Mittnacht[5]), im September Hohenlohe[6]); bald vor immer breiterer Öffentlichkeit,

---

[1]) Abgedruckt im Staatsarchiv Bd. 48.

[2]) Ch. Gavard: Un diplomate à Londres. Lettres et notes. 1871—1877. Paris 1895.

[3]) De Broglie: La mission de Gontaut-Biron à Berlin. Paris 1896.

[4]) A. Dreux: Dernières années de l'Embassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron. 1874—1877; d'après ses notes et papiers diplomatiques. Paris 1907. Übersetzung von Pfaff. Berlin 1909.

[5]) Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck. Stuttgart 1904. I, S. 51.

[6]) Hohenlohe, Fürst Chlodwig v.: Denkwürdigkeiten. Stuttgart und Leipzig 1901. II, S. 169.

selbst zu Vertretern des Auslandes während des Berliner Kongresses, so ohne jede Schonung Gortschakows zu dem bekannten Times-Berichterstatter Blowitz[1]); erneut 1890 gegenüber einem französischen Journalisten[2]). 1892 nahm der Fürst dann in den Hamburger Nachrichten wie in der bekannten Varziner Unterredung mit Hans Blum die Front gegen Angriffe aus dem eigenen Lande, und derselben Zeit entstammen auch die ganz entsprechenden Abschnitte der Gedanken und Erinnerungen, die noch einmal in lapidarer Zusammendrängung die von ihm gewollte Auffassung jener Ereignisse geben: die entschiedene Behauptung, daß Deutschlands durchaus friedliche Politik, die an keine Intervention in die inneren Angelegenheiten des französischen Wiederaufbaues gedacht habe, völlig grundlos durch die Ränke Gontaut-Birons und Gortschakows in den Verdacht des europäischen Friedensstörers gebracht worden sei.

Was hier wie jederzeit den Fürsten am tiefsten erregte, war die Unterstützung, die die Angriffe gegen seine Politik aus deutschen Kreisen erhielten. Seine ganze Erbitterung hat sich konzentriert[3]) auf den Kreis der regierenden Frauen, der „Unterröcke", wie schon in den Maitagen 1875 von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung[4]) verkündet wurde. Denn diese bildeten das Rückgrat einer deutschen Opposition, die folgenreich in den Gang der Krise eingriff durch ihre engen Beziehungen zu englischen Kreisen.

Es handelt sich um die in die höchsten Kreise reichende Gruppe, die im Inneren liberal und konstitutionell, vor allem aber anglophil und Anhänger der spezifisch englischen Form des Pazifismus älteren Typs war; von Bismarck ist die ganze Richtung meist mit einem prägnanten Schlagwort als Augustenburgerei bezeichnet worden. Wieweit direkte Fäden damals von der Kaiserin wirklich zu dem ihrem Hofe nahestehenden klerikalen französischen Botschafter[5]) hinübergelaufen sind, ist — abgesehen von der allgemeinen, nicht zu bezweifelnden Tatsache — nicht direkt festzustellen. Aus den Morierschen Erinnerungen[6]) geht hervor, daß der Kronprinz diesmal verhältnismäßig stark unter dem militärisch beeinflußten Eindruck gestanden hat, daß das französische Cadresgesetz eine wirkliche Gefahr für Deutschland bedeute. Wieweit er dann doch in dem Wunsche, im Interesse des Friedens unbedingt mit jenen englischen Kreisen Fühlung zu halten, gegangen ist, zeigt

[1]) Vgl. Grenzboten 1879, S. 413.

[2]) Joubet s. Rob. Pahncke: Die Parallelerzählungen Bismarcks zu den Gedanken und Erinnerungen. In Fester: Histor. Stud. III, S. 219.

[3]) Hohenlohe II, S. 169.

[4]) Nordd. Allg. s. Kreuzztg. 19. Mai (Nr. 113). „Einige Unterröcke im Bunde mit Priestern."

[5]) Hohenlohe II, S. 169.

[6]) Morier II, S. 335.

der entgegenkommende Ton seiner Korrespondenz mit Morier und die Bereitwilligkeit, mit der er ihm die Geheimhaltung ihres Meinungsaustausches zusichert[1]). Bei der Kronprinzessin Friedrich tritt die Abneigung gegen die Persönlichkeit und die Politik Bismarcks schroffer und unverhüllter hervor als bei ihrem Gemahl. Ein Brief, den sie am 5. Juni, also nach Beendigung der Krise, an ihre königliche Mutter gerichtet hat, ist ein scharfer Ausdruck ihrer Abneigung gegen den Kanzler, der ihr unverständlich, darum in seinen Anschauungen geradezu lächerlich erscheint, und gegen dessen Einfluß sie sich doch umsonst aufbäumt[2]). Aber politisch scheint sie sich doch enger an das gehalten zu haben, was ihr Gemahl in jenen Monaten vertreten hatte, als man zunächst anzunehmen geneigt ist. Auch sie macht sich wenigstens in jenem Schriftstück die Anschauung zu eigen, es sei sicher, „daß er (Bismarck) nicht beabsichtigte, die Welt in dem Umfange zu alarmieren, wie er es getan habe, und jetzt sehr beunruhigt über die Folgen sei." Sie wird also wohl kaum der Meinung gewesen sein, daß Bismarck zu den eigentlich kriegerisch gesinnten Elementen in Berlin gehört habe. Auf englischer Seite war aber das Maß von Übelwollen gegen Deutschland und Bismarck im besonderen zu groß, als daß man sich an die Mitteilungen des Kronprinzen gehalten hätte. Denn dieser betont doch, daß Bismarck den Frieden wolle im Gegensatz zum Generalstabe. Morier aber zieht es vor, sich ganz auf die Alarmnachrichten zu verlassen, die ihm Geffcken aus Straßburg hat zugehen lassen[3]). Schlimmer noch als die Informationen aus dieser trüben Quelle sind die Tollheiten, die der offizielle Vertreter Englands, Odo Russell, seiner Regierung gemeldet hat. Übereinstimend hier wie dort die Unterschiebung großer Eroberungspläne: nur nach Geffcken gegen Belgien gerichtet[4]), während Lord Russell seine „politische Brunnenvergiftung"[5]) auf die Marotte konzentriert, Bismarck

[1]) Morier: Memoirs and Letters of the Right Honourable Sir Rob. Morier. G. C. B. 1826—1876. By his daughter Mrs. Rosslyn Wemyss. 2 Vol. London 1911. II, p. 350.

[2]) Monypenny and Buckle: Life of Benjamin Disraeli. London 1919. Bd. V, S. 424/425. Ich verdanke die Kenntnis der einschlägigen Partien dieses Werkes wie des Fullerschen Aufsatzes (s. Anhang) der Güte von Herrn Prof. Arch. Coolidge (Harvard University in Cambridge-Massachusetts), der mir diese Partien dank der Vermittlung von Prof. Dr. Fester (Halle) in Abschrift zugehen ließ.

[3]) Morier II, S. 333ff.

[4]) [5]) Morier II, S. 333ff. — Brief Geffckens an Morier vom 27. März 1875. — So Fester: Genesis der Emser Depesche. Berlin 1915. S. 219. Vgl. Deutsche Rundschau 1920. August. S. 219ff. und Lord Lyons: A record of British diplomacy by Lord Newton. London 1913. II, S. 41. Brief Odo Russells an Lyons: Die zwei großen Ziele der Bismarckschen Politik sind 1. die Vorherrschaft Deutschlands in Europa und der deutschen Rasse in der Welt, 2. die Neutralisierung des Einflusses und der Macht der lateinischen Rassen in Frankreich und anderswo.

plane die Zertrümmerung Österreichs, die Annexion seiner deutschen Teile und die Zentralisation des Reiches unter Vernichtung der Einzelstaaten. Dieser Lieblingsgedanke wurde dann so zäh von ihm auch gegen alle entgegenstehenden Tatsachen festgehalten, daß er ihn noch nach London berichtet, als im Mai 1875 Österreich allein von allen europäischen Mächten[1]) Bismarck sekundierte, indem es die Teilnahme an dem englischen Friedensschritte in Berlin ablehnte. Wichtig ist dabei, festzustellen, daß Bismarck sich über diese Rolle Russells täuschte und glaubte, daß er der antideutschen Kampagne in England fernstehe[2]). In der Tat findet sich keine englische Stimme, die während der ganzen Krise auch nur versucht hätte, Deutschland gerecht zu werden. Kein Wunder, daß auf diese Weise die anfängliche Ruhe des Staatssekretärs des Äußeren, Lord Derby, und des Pariser Botschafters, Lord Lyons, im Verlaufe der Krise schwankend wurde. — Geffcken hat dann 1892 versucht, seine Auffassung der Ereignisse vor der deutschen Öffentlichkeit zu vertreten. Zuerst in der Deutschen Revue[3]), wo er jenen Bismarcks Entgegnungen an Blum und in den Hamburger Nachrichten[4]) herausfordernden Artikel erscheinen ließ, in dem er die These zu verfechten suchte, daß 1875 Fürst Bismarck ebenso wie Moltke den Präventivkrieg gewollt hätte und die Erhaltung des Friedens nur dem durch Schuwalow veranlaßten Eingreifen Kaiser Wilhelms, letzten Endes also der russischen Intervention, zu verdanken gewesen sei.

Dieses ältere deutsche Material war geschichtlich von recht beschränktem Werte; Äußerungen zweier sich befehdender Parteien. Die deutschen Archive waren der historischen Forschung streng verschlossen, und nur ganz bruchstückweise sammelten sich langsam einige verwertbare Nachrichten an. Der Anhang der Gedanken und Erinnerungen[5]) enthielt den Brief Bis-

[1]) S. Lyons II, 76. 6. Mai. Odo Russell an Derby über Österreich: es ist ein Hindernis im Wege der deutschen Entwicklung geworden, das Bismarck zu entfernen versuchen wird.

[2]) S. Akten des A. A. (Diplomatische Akten des Auswärtigen Amtes). — Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Friedrich Thimme, Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy. Berlin 1921. 1. Band. Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen.) Bd. 1, Nr. 187, zeigt deutlich, daß nicht nur Bismarck, sondern auch der Londoner Botschafter Graf Münster, Russell für „einen wahren Freund" Deutschlands hielt, so schwer dabei auch die ganze Haltung seines Vorgesetzten, des Staatssekretärs des Auswärtigen, Lord Derby, zu verstehen war.

[3]) Deutsche Revue 1892 IV, S. 162ff. Erweitert 1893. Berlin. F. H. Geffcken: Frankreich, Rußland und der Dreibund. Geschichtlicher Rückblick für die Gegenwart.

[4]) H. Blum: Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. München 1900. S. 25ff. — Herm. Hoffmann: Fürst Bismarck. 1890—1898. Stuttgart und Leipzig 1912. 2 Bde. II, S. 160ff., 168ff., 181f.

[5]) Gedanken und Erinnerungen. Anhang Bd. 2, S. 258 bis 261.

marcks an Kaiser Wilhelm I. vom 13. August 1875, freilich auch ein mit ganz bestimmten Absichten verfaßtes, nur indirekt verwertbares Schriftstück. Nach langer Zwischenzeit brachte dann das Werk Wertheimers[1]) wertvolle Aufklärungen. Der Bericht des Prinzen Reuß vom 12. März 1875 warf entscheidend Licht auf den Sinn der Mission Radowitz' in Petersburg, die von der europäischen Diplomatie als kriegsdrohendes Omen verschrien wurde. — Oncken druckte einen wichtigen Brief des Grafen Münster über seine Schritte in London in der Frage des Cadresgesetzes ab[2]).

Trotzdem blieb es eine außerordentlich schwierige Aufgabe für den Historiker, Richtung und Begrenzung der deutschen Politik aus ihren allgemeinen Tendenzen, aus der Prüfung der Aussagen des gegnerischen Lagers, die sich ja zum Teil wechselseitig kontrollieren, und aus der Gegenprüfung an den wenigen gegebenen Fakten zu ermitteln. Auch an sich vieldeutige isolierte Äußerungen, wie die jüngst von Lucius von Ballhausen[3]) in seinen Bismarck-Erinnerungen über Bismarcks Stellung zu der deutschen Preßkampagne wiedergegebene, waren unentbehrlich zur Belebung des kargen Materials. Es blieben Lücken, die nur die Öffnung der Archive füllen konnte.

Zunächst war die Benutzung der Aktenbestände vornehmlich des ehemaligen Generalstabes im Potsdamer Reichsarchiv[4]) für einzelne Punkte von Bedeutung. Wichtig war, daß aus der ganzen Berichterstattung des Militärattachés in Paris, Majors von Bülow, — selbst nach Abzug einer Anpassung an den zum Frieden strebenden, stets beruhigenden Einfluß des Botschafters Hohenlohe — doch noch hervorging, daß auch auf deutscher militärischer Seite nicht unisono zum Kriege gedrängt worden ist. Alle diese Berichte sind beruhigend, weisen auf die trotz aller Anstrengung klaffenden Lücken der französischen Rüstungen hin. Es geht doch wohl aus ihnen hervor, daß wir uns auch auf militärischer Seite den Streit der Meinungen in Deutschland einigermaßen vielgestaltig vorstellen müssen, während der Grundfehler aller ausländischen Behandlung der Frage darin besteht, übermäßig vereinfachend, sich die deutschen Verhältnisse als diktatorisch vom

[1]) Ed. v. Wertheimer: Graf Julius v. Andrassy. Stuttgart 1913. Bd. II, S. 225.

[2]) H. Oncken: Rud. v. Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren. Stuttgart und Leipzig 1916. Bd. II, S. 281.

[3]) Lucius, Frhr. v. Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen. Stuttgart 1920.

[4]) Ich konnte hier mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten benutzen: 1. Ältere Berichte, Memoires usw. 1871—1874. 3. Abt. Nr. 57. — 2. Kuhl: Die französische Heeresverfassung seit 1871—1890. (Geschrieben 1894.) 3. Abt. Nr. 109. — 3. Berichte der bei den Gesandtschaften kommandierten Offiziere. 1875—1876. 5, S. 1. — 4. Korrespondenz mit dem 14. und 15. A. K. 1874—1894. 3. Nr. 57. — 5. Militärberichte. Paris 1875. O. Q. III, 28.

Willen Bismarcks beherrscht vorzustellen, was allerhöchstens auf die Leitung der offiziellen äußeren Politik des Reiches zutrifft.

Da Moltke nach unseren Zeugnissen 1875 den Präventivkrieg befürwortet hat, lag die Hoffnung nahe, unter den Papieren des Generalstabes irgendwelches Dokument, Denkschrift oder ähnliches zu finden, in dem diese Haltung gegen die abwehrende der politischen Reichsleitung begründet und verteidigt wird. Leider scheint das nicht der Fall zu sein. — Da in den kritischen Zeiten der alte Kaiser[1]), Moltke und Bismarck in Berlin weilten, sind wohl die wichtigsten Erörterungen mündlich vor sich gegangen, so daß nach dieser Seite kaum viel zu erwarten ist.

Dagegen hat die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, wie zu erwarten stand, uns eine Fülle von Aufklärung gebracht. Der Historiker wird vor jeder Auswahl der originalen Dokumente den Wunsch behalten, an diese selbst in ihrem vollen Umfange heranzukommen. Er verdankt aber den ihm hier gebotenen Nachrichten auf Schritt und Tritt eine oft entscheidende Festigung seines Gebäudes. Natürlich bleiben Fragen. Aber völlige Klarheit ist hier eben auch aus dem offiziellen Depeschenwechsel der deutschen Regierung nicht zu erwarten — dank der persönlichen Leitung der äußeren Politik jener Jahre durch Bismarck, dessen letzte Gedanken immer nur schwer hinter den Schwankungen des Tageskampfes erkennbar sein werden.

II. Vorgeschichte und Mission Radowitz.

Bismarck hat im Gegensatz zu den französischen Anschuldigungen den defensiven Charakter seiner äußeren Politik nach 1871 betont. Die deutsche Geschichtschreibung ist ihm darin meist gefolgt. Sie hat geglaubt, einen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung schon in dem Wesen der Koalition zu sehen, in der man den Ausdruck des Höhepunktes deutscher Machtstellung in Europa erblickt. Max Lenz[2]) hat scharf den konservativen Charakter des Dreikaiserbündnisses betont, das in Europa weder Rußland, noch Österreich eine expansive Politik großen Stils erlaubte, die ja nur zu leicht zum Interessenkonflikt hätte führen können, und das so auch den Ausdruck der deutschen Saturiertheit enthielt. Defensiv war danach dies Bündnis im Geiste seines Schöpfers gedacht als Parade gegen Koalitionsmöglichkeiten, die gegen Deutschland Kombinationen wie die von 1867 oder gar die Wiederkehr einer Koalition Kaunitz hätten heraufführen können. Und die

[1]) Das heißt bis Mitte April, ehe der Kaiser nach Wiesbaden ging. Nur bis zur Erledigung der ersten Spannung wegen des Cadresgesetzes ging, wie wir sehen werden, die eigentlich kritische Periode.

[2]) M. Lenz: Geschichte Bismarcks. 3. Aufl. Leipzig 1911. S. 445ff.

Geschichte seines Zerfalles spricht auch wohl tatsächlich für seinen defensiven Charakter, denn es wurde gesprengt von dem Partner, dessen außenpolitischer Ehrgeiz am stärksten war, von Rußland, das sich nicht mehr an der Kette halten ließ. Es waren nur zum Teil die von Bismarck so stark betonten persönlichen Ursachen, die die Politik Gortschakows von dem deutschen Bündnis abführten. Seine allbekannte persönliche Eitelkeit, sein mit der ihm noch gegebenen Zeit kargender Altersehrgeiz sprachen mit, aber weiter auch die richtige Berechnung, daß ein gelähmtes Frankreich nicht in Rußlands Interesse liege, das vielmehr durch ein russisches Zugpflaster neben Deutschland unter allen Umständen freiere Bewegungsmöglichkeit erhalten müsse — cum grano salis also ein ähnlicher Gedankengang wie jener, der Bismarck 1870 bewog, die spanische Kandidatur als Gegengewicht gegen die französische Koalitionssuche zu betreiben. In der Weiterentwicklung nach 1875 hörte dann freilich Gortschakow überhaupt auf, der bestimmende Leiter der russischen Politik zu sein, und andere weit radikaler vorwärtsdrängende Kräfte und Personen gelangten an seine Stelle.

Vergiftend wirkte auf das russisch-deutsche Verhältnis und weiter auf das ganze diplomatische Getriebe jener Jahre in erster Linie der allgemeine Argwohn eigentlich der gesamten nichtdeutschen Diplomatenwelt gegen die — nach dem Gange der Geschichte von 1862—1870 nicht so ganz mit Unrecht — als unberechenbar und gewaltsam verschriene Bismarcksche Politik. War es ein vielleicht die Form, keinesfalls den Grund treffender Irrtum, wenn man sich von englischer Seite[1]) über seine stets sensationelle Politik beschwerte, so wurde doch dieser Vorwurf allgemein erhoben. Persönliche Anlässe spielten stark mit. Selbst so wohlwollende Beurteiler wie der österreichische Botschafter in Berlin, Karolyi[2]), klagten bitter über die Unzugänglichkeit Bismarcks für die Vertreter der fremden Mächte. Seine mit den Jahren noch vermehrte Reizbarkeit, die heroische Gewaltsamkeit seines Temperaments sind bekannt und kehren in allen Korespondenzen der Zeit wieder, am stärksten natürlich bei dem französischen Gesandten, der die peinlichste Aufgabe am Berliner Hofe zu erfüllen hatte. Aber auch hinter der Furcht vor weitausgreifenden Plänen steht ein recht begreiflicher Anlaß.

Schon 1874 finden wir in englischen Diplomatenkreisen[3]) die These vertreten, daß Deutschland notwendig zu kolonialer Expansion übergehen müsse, ein Gedanke, der Bismarck sicher damals noch recht fern lag, von dem sein Urheber aber nicht mit Unrecht sagte, er sei getragen von einer instinktiven Sicherheit, die nicht täuschen könne. Es sprach sich eben darin das Bewußtsein aus, daß Bismarck mit seiner These der Saturiertheit es nicht völlig ernst

---

[1]) Newton II, S. 74. — [2]) Wertheimer II, S. 222. — [3]) Newton II, S. 60f.

meinen könne, weil Deutschland mit seiner Bevölkerung nicht mehr unterkomme in den alten Grenzen. Hier war schließlich ein ebenso begreifliches Moment vorhanden, wie wenn man die Frage erörterte, ob das geeinte neue Reich nicht über kurz oder lang versuchen würde, sich die Deutschen Österreichs anzugliedern, was, wie schon erwähnt, die Ansicht Odo Russells war. Haben doch gleiche Befürchtungen auch manche Wiener Kreise beherrscht, so daß vor 1875 sogar ein gewisses latentes Mißtrauen Österreichs gegen den deutschen Bundesgenossen es zu einer leisen Anlehnung an Rußland innerhalb des Dreikaiserbündnisses[1]) bewogen hat. In ähnlicher Richtung, doch noch grundloser, war die Furcht, die man in den ersten Jahren nach 1871 in Holland und Belgien vor der Möglichkeit deutscher Übergriffe hatte. Für Deutschland trugen solche Verhältnisse neben persönlichen Anlässen mit dazu bei, daß die leitenden Persönlichkeiten dieser Länder an dem ausgedehnten Intrigenspiel des Jahres 1875 ihren vollen Anteil nahmen.

Trotz dieser nicht deutschfreundlichen Atmosphäre der europäischen Diplomatie war doch in den ersten Jahren nach 1871 das Schwergewicht Deutschlands zu groß, als daß eine Macht gewagt hätte, offenkundig gegen das neue Reich mit dem geschlagenen Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Die Schnelligkeit, mit der dieses sich erholte, die den gesetzten Terminen voraneilende Abzahlung der Kriegsentschädigung war für die deutschen Staatslenker eine unangenehme Überraschung, aber noch keine Bedrohung. Die ersten ernsthaften Sorgen machte Frankreich der deutschen Politik doch erst 1874 im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Erbitterung des Kulturkampfes. Dieser bildete ja das Zentrum der Bismarckschen Interessen jener Jahre. Die Wahlsche Arbeit über den Bismarck der 70 er Jahre[2]), die überall der Verflechtung dieses innenpolitischen Ringens mit den gleichzeitigen außenpolitischen Ereignissen nachgeht, läßt durch die einseitige Perspektive ihrer Anlage nicht genügend hervortreten, daß auch in jenen Jahren die grundlegenden Fragen der nationalen Machtbehauptung das letzte Wort bei allen diplomatischen Aktionen Bismarcks zu sprechen hatten. Sie zeigt aber doch an einer Fülle von Einzelfällen wie sehr die Wendungen des Kulturkampfes ständig verflochten waren mit den Linien der großen Politik.

Mit Staunen sahen die fremden Diplomaten, in wie hohem Maße alle Gedanken und Maßnahmen Bismarcks, sein Haß und seine Liebe bestimmt wurden von diesem immer erbitterter werdenden Kampfe[3]).

---

[1]) Vergleiche den Petersburger Besuch Franz Josefs vom Februar 1874. Wertheimer II, S. 108ff.

[2]) Ad. Wahl: Vom Bismarck der 70er Jahre. Tübingen 1920.

[3]) Siehe z. B. Hanotaux II, S. 65f. Morier II, Kap. XXX.

In diesem Zusammenhange entstanden 1874 bereits ernste deutsch-französische Reibungsflächen. Der Anlaß — Hirtenbriefe französischer Bischöfe, die mit dem Verhalten der deutschen Katholiken sympathisierten — war geringfügig, ließ sich erledigen und wurde es auch auf diplomatischem Wege[1]). Aber die Beunruhigung ging tief. Auf französischer Seite war man besorgt wegen kriegerischer Äußerungen Moltkes und auf Grund unsinniger Gerüchte, wie einer Mitteilung des russischen Gesandten Orlow, nach der im Januar 1874 deutsche Truppen schon den Befehl gahabt haben sollten, Nancy zu besetzen[2]). Es blieb auf deutscher Seite die schwere Sorge zurück, daß ein klerikales und ultramontanes Frankreich mit Österreich, Belgien und Italien Fühlung gegen das protestantische Kaiserhaus gewinnen könnte. Diese Gefahr war auch nach dem Briefe des Grafen Chambord noch groß genug, solange Mac Mahon und der Herzog von Decazes an leitender Stelle standen.

Die französische Regierung verhielt sich 1874 im Gefühl ihrer Schwäche freilich noch entgegenkommend. Es ist wahrscheinlich, daß man in den regierenden Kreisen Frankreichs für die allein berechenbaren nächsten Jahre nicht an einen Revanchekrieg gegen Deutschland dachte. Zum wenigsten stimmen nichtdeutsche Ausländer überein in ihrem Urteile, daß Frankreich doch tief mitgenommen sei. Lord Lyons erhielt damals einen starken Eindruck von dem ängstlichen Flehen, mit dem man in Versailles, der Stätte alter französischer Macht und Herrlichkeit, um die moralische Unterstützung Englands bat, und war überzeugt von der tiefen Friedensbedürftigkeit Frankreichs[3]). Ähnlich war noch 1875 der Eindruck Bambergers, der während der Krise sich in Frankreich auf Reisen befand und feststellte, daß die Revancheidee, von einer Minderheit getragen, nur durch überstarkes Presseecho eine unverhältnismäßige Bedeutung erlangte. Freilich lag in diesem Schlusse die stete völkerpsychologische Selbsttäuschung eines zum Pazifismus neigenden Liberalismus, so daß er stark kritisch zu berichtigen ist. Ein anderer Beobachter, der österreichische Erzherzog Albrecht, der im Jahre 1875 das Land bereiste, wies die Behauptung Thiers' als irreführend zurück, daß die Nation traurigerweise das Gefühl der Schmach und der Revanche eher zu wenig als zuviel empfinde. Dies könne vielleicht in den Pariser Salons und unter den Bourgeoisanhängern Thiers' der Fall sein — Kreise, aus denen eben auch Bambergers Ansichten stammen werden —, im Lande höre man Schritt für Schritt das Gegenteil beweisende Äußerungen[4]).

[1]) Dreux S. 368ff. — [2]) Newton II, S. 68. — [3]) Newton II, S. 51.

[4]) Siehe Wertheimer: Deutsche Revue 1921. März/April. S. 214ff. Brief vom 2. Juli 1875.

Bismarck verkannte selbst nicht die mancherlei für die Gegenwart beruhigenden Momente, die er 1875 sich gelegentlich in seiner Argumentation zu eigen machte und auch später in seinen Rückblicken wiederholt heranzog, um die Unsinnigkeit des ihm untergeschobenen Gedankens eines plötzlichen Angriffes auf Frankreich zu erhärten[1]).

Was bei ihm auf sofortige energische Gegenwehr stieß, war der Gedanke einer Kombination der Idee der Revanche für Elsaß-Lothringen mit dem klerikalen Gedanken. Wiederholt betonte er 1874, daß Deutschland entschlossen sei, den Wiederaufbau Frankreichs nicht zu stören, daß es auch sein Recht zur Reorganisation des französischen Heeres durchaus anerkenne. In einem klerikalen Frankreich aber sah er einen Todfeind Deutschlands. Er hat darum in jenen Jahren mit aller Entschiedenheit erklärt, daß für Deutschlands Interessen die Beibehaltung der republikanischen Staatsform in Frankreich vorteilhafter sei als eine monarchische Restauration, die das Land sofort koalitionsfähiger für die übrigen Mächte des damaligen Europa gemacht hätte[2]) — Ansichten, mit denen er gegenüber den Militärs des eigenen Landes einerseits, höfischen Kreisen anderseits auf nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten stieß.

Es entspricht der Taktik, die er auch 1875 befolgen sollte, wenn er sofort in allen seinen Schritten den Ernst dieses Gegensatzes eher heraustrieb, denn beschwichtigte, um auf die Gegenseite warnend und hemmend einzuwirken. Gontaut-Biron gegenüber hat er schon 1874 erklärt, daß — wenn Frankreich sich auf die klerikale, Deutschland feindliche Bahn abdrängen lasse — die Leiter der deutschen Politik die Pflicht hätten, es dann nicht erst seine Rüstungen vollenden zu lassen, sondern vorher die Auseinandersetzung, sei es auch die kriegerische, herbeizuführen[3]). Schon damals glaubten die Franzosen innerpolitische Erklärungsversuche für sein Verhalten heranziehen zu müssen: den Wunsch, durch die scheinbar ernste europäische Lage Argumente zugunsten der im Reichstage hart umkämpften Septennatsvorlage zu erhalten, oder den Kulturkampf nach außen abzuleiten wie 1866 den preußischen Verfassungskonflikt. Die Entscheidung über diese Frage wird sich erst im Zusammenhange mit dem größeren Konflikte von 1875 fällen lassen.

[1]) Ballhausen S. 71/72. Mangel an Offizieren und Unteroffizieren in Frankreich. Vgl. Kreuzztg. 11. Mai. Nr. 107. „Will Frankreich Krieg?" Nachweis des mangelhaften Zustandes seiner Rüstungen.

[2]) 7. Mai 1874. Hohenlohe II, S. 120, 139 f. Januar 1874. Erlaß an deutsche Vertreter: „Die Trennung der französischen Regierung von der Seite der Ultramontanen die sicherste Bürgschaft für die Ruhe Europas".

[3]) Dreux S. 377 ff. Unterredung vom 13. Januar 1874. Mit aller Energie vertritt Bismarck diese sehr bestimmt begrenzte Präventivtheorie auch schon am 16. Januar 1873.

Vor allem zeigt sich nun 1874 eine langsam steigende Abkühlung der deutsch-russischen Beziehungen. Zunächst wohl durch die persönliche Schuld Gortschakows, dessen Eitelkeit neben dem weltgeschichtlichen Ruhm Bismarcks nicht zu ruhen vermochte, hinter dem aber die Abneigung großrussisch-panslawistischer Kreise gegen Deutschland stand. Anfangs waren es noch indirekte Symptome. Der Besuch der Zarin in Paris, begleitet von wechselseitiger Presseaufmerksamkeit, der als symptomatisch doch von der „Times“ sofort verzeichnet wurde[1]).

Ernster war schon die spanische Episode im Hochsommer 1874[2]). Die deutsche Aufforderung an die europäischen Mächte, veranlaßt durch die Erschießung eines deutschen Zeitungsberichterstatters, des Hauptmanns Schmidt, durch die Karlisten, die Regierung des Marschalls Serrano anzuerkennen, stieß bei beiden Verbündeten auf zähen Widerstand. Das legitimistische Gefühl sprach bei Kaiser Franz Josef wie dem Zaren gegen die Richtung der deutschen Politik. Nur mit Mühe setzte in Österreich Andrassy durch, daß man trotzdem Seite an Seite mit Berlin blieb; Petersburg lehnte aus „prinzipiellen Gründen“ rundweg ab. Nur dem Geschick Andrassys gelang es, wieder einen vermittelnden Ausweg zu finden. Das Dreikaiserbündnis hatte aber doch einen ersten inneren Riß erhalten[3]). Wenn Rußland hier für den klerikalen Carlos optierte, so optierte es für Frankreich, wo die klerikal-konservative Kammermehrheit ganz die gleichen Sympathien hatte. Es unterstützte eine Richtung in Frankreich, in der Bismarck die schwerste Gefahr der kommenden Jahre sah. Es war das eine Tendenz, die um so leichter weiter führen konnte, als Rußland schon 1872, als es das Dreikaiserbündnis abschloß, sich dabei doch klar war, daß jede Möglichkeit einer weiteren Schwächung Frankreichs seinem Interesse widersprach. Nicht umsonst hatte Zar Alexander damals in Berlin selbst dem französischen Botschafter Gontaut-Biron erklärt: „Europa braucht ein starkes und weises Frankreich. Frankreich muß stark sein, damit es die ihm gebührende Rolle in der Welt spielen kann“[4]).

Sehr bald kamen zu den bisherigen Anläufen weitere unterirdische Versuche russisch-französischer Fühlungnahme hinzu, durch die Gortschakow die dem Dreikaiserbündnis entspringende Fesselung der orientalischen Politik Rußlands zu lockern suchte[5]), Anträge, auf die aber Frankreich wegen seiner

---

[1]) Hanotaux II, S. 73/75. Vgl. S. 76. Besuch Graf Schuwalows in Paris auf der Durchreise nach London.

[2]) Wertheimer II, S. 120ff.

[3]) Wertheimer II, S. 132ff.

[4]) Dreux S. 159.

[5]) Plehn S. 67. Januar 1875.

Schwäche nicht einzugehen wagte. Ging man auf diesem Wege fort, so mußte der Zerfall des Dreikaiserbündnisses die unausbleibliche Folge sein.

So war das Verhältnis der Ostmächte schon um die Wende 1874/75 ein Gebäude von höchst zweifelhaftem Werte.

Naturgemäß konnte sich Rußland diese Vernachlässigung seines stärksten kontinentalen Alliierten nicht gestatten, ohne auf einer anderen Seite dafür Konzessionen zu machen. In diesem Falle mußte es als Preis eine gewisse Rücksichtnahme auf England im Orient zahlen. Das war kaum ein schweres Opfer, weil das Ziel seines Ehrgeizes im stillen schon der Balkan war. Eine expansive Politik hier verlangte aber Kräftekonzentration, das heißt Einstellen des Vordringens in Zentralasien, genau den Einsatz, mit dem das Zarenreich 1875 den englischen Argwohn beschwichtigte. Ein freilich noch beschränktes Zusammenarbeiten von England und Rußland ist ja ein weiteres Kennzeichen des Jahres 1875, das diesem das Gepräge eines Vorspiels kommender Dinge aufdrückt. Es war für beide Mächte leicht genug, sich in einer gewissen Sympathie für Frankreich zu finden, denn keines von ihnen hatte ein Interesse durch sein Ausscheiden aus der Reihe der Mächte ersten Ranges ein übermäßiges deutsches Vorgewicht auf dem europäischen Festlande zu befördern. Diese Tendenz ist denn auch der Leitstern ihrer Politik von 1875.

Erst 1873 hatte die Expedition des Generals Kaufmann gegen Merw die englische Nervosität wegen Indien erregt[1]). Selbst für die kurze Frist der ersten Hälfte des Jahres 1875 litt das Einverständnis beider Mächte unter der Furcht Englands vor der ständigen Expansion Rußlands in Afghanistan. Doch gelang es dem von Bismarck so gerühmten Geschick des Grafen Schuwalow, in London diese Schwierigkeiten zu überwinden. Russischerseits machte man die Konzession, diesen Vormarsch vorläufig einzustellen. In London verhielt man sich zum mindesten so, als ob man an die Aufgabe weiterer russischer Eroberungspläne glaube. — Wenigstens begnügte man sich mit dem faktischen Zustande augenblicklicher Ruhe, während man Deutschland gegenüber immer wieder den Wahngespinsten Odo Russells Einfluß auf sich verstattete und sich nicht in seinem Urteile dadurch irremachen ließ, daß dann doch wieder für den Augenblick bei Bismarck wie bei Bülow eine ganz friedliche Stimmung und der ausgesprochene Wunsch zur Zusammenarbeit mit England im Interesse der Erhaltung des Friedens festgestellt werden mußte[2]). Man wahrte schließlich bei allem sorgfältig das eigene Interesse, indem man Rußland bei allen unangenehmen Schritten in Berlin tunlichst den Vortritt ließ und die daraus resultierende Erschütte-

[1]) Paul H.: A History of modern England. 5. Vols. London 1905. III, p. 330 &c.
[2]) Odo Russell z. B. 3. Februar 1874 s. Newton II, S. 51.

rung seiner bisher guten Beziehungen zu Deutschland befriedigt als eigenen Gewinn buchte[1]).

Wir sehen, die politische Entwicklung des Jahres 1874 überließ der Zukunft eine Reihe schwerer, ungelöster politischer Fragen. Es war in ihm noch nicht zu einem öffentlich notorischen Konflikte gekommen. Aber die Stimmung in den diplomatischen Kreisen Europas war äußerst gedrückt. Die englische Königin hielt es schon in diesem Jahre für nötig, Kaiser Wilhelm brieflich den Frieden ans Herz zu legen[2]). Denn dieselben Elemente, die 1875 in Deutschland glaubten alle Hebel gegen die kriegslustige Politik des Kanzlers in Bewegung setzen zu müssen, trugen auch 1874 schon die gleiche Sorge und alarmierten von sich aus das Ausland als Eideshelfer der französischen Diplomatie[3]).

Es war bei der für Deutschland nicht gerade günstigen Lage kein Wunder, daß man in Berlin zu Beginn des Jahres 1875 das Bedürfnis empfand, sich möglichst gegen unangenehme Überraschungen zu sichern. Bismarck machte begreiflicherweise zunächst den Versuch, Rußland, den Sekundanten seit 1862, wieder enger heranzuziehen — noch waren die peinlichen Vorfälle von 1874 nicht mehr wie schließlich verzeihliche Extratouren, die man einem Verbündeten von der Stärke des Zarenreiches nicht verwehren konnte. Dieser Absicht entsprang die berühmte Mission Radowitz' im Februar/März 18875. In der französischen Darstellung von 1875 bildet sie den Ausgangspunkt der Bismarckschen Kriegswühlerei. Der französische Botschafter Le Flô, der während Radowitz' Anwesenheit auf Urlaub gewesen war, erfuhr nachträglich von Personen, die in alle Geheimnisse Gortschakows eingeweiht gewesen sein sollten, daß Radowitz in möglichst unverfänglicher Weise diesem die Frage vorgelegt habe, ob Rußland gegen freie Hand im Osten Deutschland freies Spiel gegen Frankreich lassen wolle[4]).

Demgegenüber fand Bismarcks Gegenbehauptung schwer Glauben, nach der sich der Auftrag Radowitz' darauf beschränkte, Unregelmäßigkeiten zu regeln, die sich Gortschakow z. B. in Telegrammübermittlung auf deutsche Kosten erlaubte. Es habe das während des Urlaubes des Botschafters erledigt werden sollen, um diesem nicht seine Stellung zu erschweren. Aber

---

[1]) Plehn über englische Freude über Zertrennung des Dreikaiserbundes. S. 55.

[2]) Auf Drängen ihres Staatssekretärs des Äußeren Lord Granville s. Fitzmaurice: Life of Lord Granville II, p. 115.

[3]) So Gelzer an Hohenlohe s. Hohenlohe, II, S. 140. Quelle Gelzers „Eindrücke" aus Unterredungen mit dem Großherzoge von Baden und Odo Russell (!!), worauf Hohenlohe ihn hinwies auf den „systematischen Haß" der englischen Diplomatie gegen Bismarck. Natürlich ohne Erfolg, wie aus dem gleichen Kreise 1875 Geffckens Ansicht beweist, die er unentwegt bis zu seiner Schrift von 1892 festgehalten hat.

[4]) Hanotaux II, 2 S. 192 ff.

gegen die Unterschiebung, daß er Rußland unverblümt in eine den Krieg suchende Abenteurerpolitik habe hineinreißen wollen, hat Bismarck sicher mit Recht protestiert. Freilich zieht selbst ein Hanotaux unbegreiflicherweise aus dieser Angabe Bismarcks, daß Radowitz die Geschäftsführungsfragen mit Rußland energisch regeln sollte, den viel zu weit gehenden Schluß, dies sei ein halbes Zugeständnis einer Interpellation in der Kriegsfrage. Wenn aber Geffcken 1892[1]) selbst es „schwer begreiflich" fand, daß Bismarck bei den gar nicht rosigen deutsch-russischen Beziehungen an den Erfolg eines solchen plumpen Antrages geglaubt habe, so hat Bismarck sicher Recht, wenn er in seiner Presse diese Unterschätzung seiner politischen Leistungsfähigkeit festgenagelt hat, als sich selbst richtend[2]). Bismarck hat damals wiederholt den Wunsch geäußert, durch eine Publikation der einschlägigen Aktenstücke diese Anschuldigungen widerlegt zu sehen; erfolglos trotz einem persönlichen Appell an den mitbeteiligten Radowitz vor breitester Öffentlichkeit[3]). Die Veröffentlichung einer Reußschen Depesche vom 12. März 1875[4]) an Bismarck, in der Radowitz' Auftrag rückblickend kurz registriert wird, zeigt nun, wie zu erwarten war, daß Radowitz' Mission sich allerdings nicht auf jene formalen Aufträge beschränkte, die Bismarck vor der breiten Öffentlichkeit später angegeben hat, sondern daß er dafür sorgen sollte, daß nicht weiter wie 1874 „wohl in Berlin die Sprache Rußlands, aber nicht mehr deutlich genug die Sprache Deutschlands in Petersburg verstanden werde", d. h. er sollte eben Rußland wieder enger an Deutschland heranziehen.

Wenn nun eine der jüngsten Bearbeitungen des Gegenstandes, die des Amerikaners Fuller, aus Wertheimer meint schließen zu können, daß es eben nur eine Sondierung in vorsichtigster Form gewesen sei[5]), so verzichtet diese Annahme, soweit sie kriegerische Hintergedanken Bismarcks einschließt, auf jeden leidlich soliden quellenmäßigen Anhalt wie auf die dann erforderliche, hypothetisch sorgsame Einpassung in die allgemeine politische Lage. Es ist wichtig, sich hier schon klar zu machen, daß die deutsche Politik im Jahre 1875 von vornherein in der Defensive stand. Bismarck konnte nicht daran denken, Rußland mit sich fortzureißen, er suchte — und mit mangelhaftem Erfolge — die wachsende Annäherung der führenden Stellen in Petersburg und Paris zu hintertreiben. Er hatte dabei seine alte Geneigtheit, Rußland

[1]) Geffcken S. 84.

[2]) Penzler: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Leipzig 1897. Hoffmann II, S. 160ff. Hamb. Nachr. 4. Nov. 1892. Morgenausg. — 15. Nov. Morgenausg. — 9. Dez. Morgenausg.

[3]) Penzler IV, S. 199ff. Hamb. Nachr. s. Hoffmann II, S. 160ff. 4. Nov. 1892. Morgenausg. I, S. 237ff. 2. Dez. 1892. Morgensausg.

[4]) Wertheimer, II, S. 225.

[5]) American historical Review XXIV, p. 198. Jan. 1919.

im Orient freie Hand zu lassen, als diplomatischen Trumpf auszuspielen und würde es auch getan haben, aber er kann sicher nicht erwartet haben, daß er gegen alle europäischen Lebensinteressen Rußlands von diesem carte blanche gegen Westen erhalten könne.

Radowitz hat anscheinend formell seine Aufgabe mit Takt und guter Haltung gelöst. Nach Aussagen eines gewiß nicht gerade freundlichen Beurteilers, des englischen Botschafters in Petersburg, wurde er dort zunächst nicht übermäßig sympathisch begrüßt, brachte es aber fertig, diese Widerstände zu besiegen[1]). Doch kann dieser Erfolg, den Loftus annimmt, sich nur in platonischen Grenzen gehalten haben. In den Kernfragen hat er jedenfalls nichts erreicht, das beweist allein die Geschichte der nächsten Monate. Im einzelnen stehen wir zum ersten Male an einem jener Punkte, die das bisherige Schweigen der deutschen diplomatischen Archive bitter empfinden lassen. Wenn man in Berlin großen Wert auf eine Erörterung der deutsch-französischen Beziehungen gelegt hat, so kam man damit nicht zum Ziel. Reuß berichtet[2]), daß Gortschakow der Besprechung dieses Punktes auswich, d. h. des Punktes in der europäischen Lage, an dem die latente deutsch-russische Mißstimmung gefährlich werden konnte. Auch in den kommenden Monaten beharrte er bei seiner bisherigen Politik, die, ohne die Brücke nach Deutschland ganz abzubrechen, doch stets die Fühlung mit Frankreich behielt, dabei stets mit einem Überschuß wärmerer Gefühle für die französische Seite.

III. Das französische Cadresgesetz.

Das erste Viertel des Jahres 1875 bis Anfang März war ohne größeren deutsch-französischen Zusammenstoß verlaufen.

Man war zwar wie ständig und wie selbstverständlich von deutscher Seite auf seiner Hut. Schon in den ersten Januartagen hatte man Meldungen aus Paris, daß man dort eine weitgehende Verstärkung des Pferdebestandes der Armee plane[3]). Man wußte aber aus den Berichten des eigenen Militärattachés, daß Frankreich damit tatsächlich dringenden Übelständen abzuhelfen hatte. Die Cadres waren nicht vollzählig mit Pferden versehen, das Material war zum Teil nicht vollwertig und hätte zu einem weiteren Teil im Mobilmachungsfalle von der Kavallerie an Train und Artillerie zu Bespannungszwecken abgegeben werden müssen, ohne daß ge-

---

[1]) Loftus: The Diplomatic reminiscences of Lord Augustus Loftus. Second series. Vol. II, S. 125 ff. „Um kurz die Ausdrücke anzuführen, die ein Kollege mir gegenüber gebrauchte, Herr v. Radowitz' Erscheinen in Petersburg war das eines Friedensengels".

[2]) Wertheimer II, S. 226/227.

[3]) Militärberichte (Mil. Ber.) 8. Januar 1875.

nügend Ersatz vorhanden war. Da diese Auffassung nachweislich in Berlin im Generalstabe geteilt wurde[1]), bot der Vorgang an sich keinen Grund zur Erregung, wenn man auch feststellte, daß drüben „die Friedensbereitschaft der Armee für den Krieg auch hierdurch wächst". Bedenklich mußte nur die Rücksichtslosigkeit erscheinen, mit der Frankreich trotz finanzieller Nachteile die großen nötigen Ankäufe in möglichster Eile durchzuführen suchte[2]).

Jedenfalls hatte man in Deutschland keinen Grund, selber zu der Verstärkung der gegnerischen Schlagfertigkeit mit beizutragen. Sobald man daher von Bayern Meldungen über Ankaufstätigkeit französischer Agenten in der Pfalz hatte, unterband die Reichsregierung durch ein Ausfuhrverbot für Pferde die französischen Absichten um so schneller, als bei dem hohen — auf 20 000 geschätzten — französischen Bedarf durch ein starkes Abströmen von militärisch brauchbarem Material für Deutschland selbst im Falle plötzlichen Bedürfnisses empfindliche Lücken hätten entstehen können.

Bismarck sicherte sich vor der Veröffentlichung des Verbotes gegen unliebsame Überraschungen noch durch eine Anfrage bei dem deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Hohenlohe, der sich in einem Berichte vom 2. März über die Tragweite des Eindruckes der Maßnahme in Paris zu äußern hatte[3]). Der Fürst hatte keine Bedenken, und auch er mußte die mit dem Erlaß beabsichtigte Erschwerung der französischen Rüstungsmaßnahmen als berechtigt anerkennen[4]). So sehr er während der ganzen Krise gleich dem offenbar stark von ihm beeinflußten Militärattaché für die friedliche Gesinnung der augenblicklichen Regierung Frankreichs eintrat, mußte doch auch er betonen, daß der Revanchegedanke den unausgesprochenen Kern aller französischen Zukunftswünsche bilde. Dann war das Verbot der Pferdeausfuhr ein Gebot selbstverständlicher Klugheit.

Die Folge war, daß zunächst das französische Kriegsministerium durch ein törichtes Dementi des versuchten Ankaufs in Deutschland das Gesicht zu wahren suchte, unterstützt freilich zum Teil durch den wie üblich gegen die

---

[1]) Randbemerkung des Chefs der dritten Abt. des Gen. Stabs, Oberst v. Krause, auf Berichte vom 4. März.

[2]) Ber. Bülow. 1. März, Nr. 82. Militärbericht. „Damit gewinnt die Reorganisation um so mehr den Charakter einer Kriegsrüstung"; aber: „Vom militärischen Gesichtspunkte aus kann ich nach Lage der Dinge die in Frage kommende Maßregel auch heute noch nicht als eine für den Augenblick bedrohliche ansehen und darin eine unmittelbare Kriegsabsicht erkennen". Vgl. Hohenlohe II, S. 151. Der Erlaß an Hohenlohe über das Ausfuhrverbot betonte, daß Deutschland keinen Grund habe, seinerseits zu den französischen Rüstungen beizutragen. Es seien aber im kommenden Jahre kaum französische Kriegsabsichten zu befürchten. Abgedruckt Akten des A. A. Bd. I, S. 246f.

[3]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 155.

[4]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 156.

eigene Regierung blind gehässigen Chor deutscher Oppositionsstimmen: „speziell ist es die Kreuzzeitung, welcher dieser zweifelhafte Ruhm zuteil wird“[1]). Im eigenen Lande fand das Dementi nur bei der naivsten Menge Glauben. Im übrigen erreichten die deutschen Maßnahmen natürlich nicht eine Unterbindung der französischen Absichten, wohl aber eine Verlangsamung und Verteuerung, da Frankreich nun in entfernteren Gestellungsländern, Ungarn und Südrußland, kaufen mußte. Noch bis in das folgende Jahr hinein konnte das 15. A. K. den Durchtransport solcher Pferde bis zu einer Gesamthöhe von ungefähr 5000 feststellen, so daß neuere französische Versuche, den ganzen Pferdekauf als deutsche Fabel festzustellen, gerichtet sind.

Die ganze Angelegenheit, an sich zweiten Ranges, ließ wie jede solche Reiberei eine Auffrischung der schon traditionellen Animosität zwischen den beiden Ländern zurück. In Frankreich sah man in dem Schritte der deutschen Regierung eine offene Anzweiflung des eigenen Friedenswillens und gab sich mit dem die gereizte Empfindlichkeit verratenden Dementi durchaus noch nicht zufrieden. Der Herzog von Decazes hat noch am 29. April mit einer freilich allzu durchsichtigen Mischung von Naivität und Sentimentalität dem deutschen Botschafter das Ansinnen gestellt, die Rücknahme des Verbotes zu erwirken[2]). Wenn er dabei erneut beteuerte, daß die Nachrichten von großen Pferdeankäufen in Österreich und Galizien nicht zuträfen, so konnte dies natürlich den deutschen Standpunkt nicht mehr erschüttern.

Immerhin waren ernste Ereignisse noch nicht eingetreten. Es verblüffte darum in London nicht wenig, als sich am 11. März der Herzog von Decazes, der französische Minister des Äußern, an Lord Lyons mit der Bitte wandte, ebenso wie 1874 den englischen Einfluß in Berlin zugunsten des Friedens geltend zu machen. Decazes konnte seine Befürchtungen nur stützen auf die deutsche Note an Belgien vom 4. März in der Frage des Kesselflickers Duchesne und die angeblich zugespitzte Form ihrer Mitteilung an Frankreich, auf das Pferdeausfuhrverbot und einen vom Fürsten Orlow mitgeteilten deutschen Befehl von 1874 zur Besetzung von Nancy, der nur durch Rußlands Verwendung zurückgezogen worden sei — womit er selbst in England auf Unglauben stieß.

Noch am 16. März charakterisiert Lord Derby die Lage an Lyons mit: „Totenstille für den Augenblick“[3]). Freilich mußte er in Berlin, Lyons besonders seitens der Russen eine vage Unruhe feststellen. Denn inzwischen

[1]) Bülow, 16. März.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 169; S. 265.

[3]) Newton, II, S. 69 ff.

war in Frankreich ein Ereignis eingetreten, das den wahren Hintergrund des auffallenden Decazesschen Schrittes bedeutete.

Am 13. März hatte die französische Kammer, über die ihr vorgelegte Regierungsvorlage hinausgehend, ein Cadresgesetz angenommen, das die Einrichtung vierter Bataillone bei den französischen Infanterieregimentern vorsah.

Frankreich hatte nach 1871[1]) mit einer keine Opfer scheuenden Bereitwilligkeit den Neuaufbau seiner als ungenügend erwiesenen Wehrmacht in die Hand genommen. Es hat von 1871 bis 1894 17 Milliarden neue Staatsschulden aufgenommen, 11 davon für Heereszwecke. Am Ende der gleichen Periode erforderte der Zinsendienst für militärische Anleihen jährlich 439 Millionen Franks; in einem Etat von dreieinhalb Milliarden beanspruchten die jährlichen Militärausgaben allein eineinhalbe Milliarde. Bei der Beratung des Cadresgesetzes wurde in bezeichnender Weise erst nach vollendeter zweiter Lesung die Budgetkommission mit der Ausarbeitung eines Kostenanschlages beauftragt, so wenig spielten finanzielle Gesichtspunkte eine Rolle bei der Beschlußfassung über die als notwendig angesehenen Maßnahmen. Mit gleicher Energie schritt der Ausbau der östlichen Festungslinie und der strategischen Eisenbahnen vor. 1875 war an Querverbindungen im französischen Aufmarschgebiet bereits doppelt soviel an Transportlinien vorhanden als 1871[2]). Das Heer war in gewisser Weise so volkstümlich wie nur denkbar. Sämtliche Zeitungen arbeiteten mit Eifer für die sehr energisch betriebene militärische Vorbildung der Schüler höherer Lehranstalten, die einer steten Inspektion durch aktive Offiziere unterworfen waren. Bis in die gewöhnlichsten Familienblätter hinein erstreckten sich die Zweige dieser Propaganda[3]).

Die kontrastierenden Schattenseiten fehlten allerdings nicht. Man gab dem nationalen Hange zur prunkenden Schaustellung auf Schritt und Tritt nach. Es konnte nur den Spott der fremden Offiziere herausfordern, wenn zu Paraden einige Batterien mit den neuen, noch gar nicht eingeführten Stahlgeschützen auffuhren, die sofort nach Abrücken vom Paradefeld wieder ins Depot wanderten, die Zeitungen aber beglückt meldeten: Das Publikum war glücklich zu sehen, daß unser Material wiederhergestellt war und auf der Höhe des Fortschritts der Gegenwart stand[4]).

[1]) Eine lehrreiche, knappe Darstellung der Entwicklung des Heeresausbaues befindet sich im Reichsarchiv in einer Denkschrift des damaligen Hauptmann Kuhl über: Die französische Heeresverfassung seit 1871 (1894).

[2]) Bericht des deutschen Generalstabes an S. M. den Kaiser: 21. Sept. 1875.

[3]) Im Reichsarchiv ein Beispiel der „Presse illustrée". Mit den üblichen banalen Stichen.

[4]) Parade von Longchamps, 13. Juni 1875. Mil. Ber. Nr. 88.

Im Offizierkorps war von den Schlägen des Krieges her tiefes Mißtrauen gegen alle höheren Kommandos geblieben, das die Autorität tief schädigte. Da die inneren Zustände noch zu keiner Festigkeit gekommen waren, konnte natürlich ein Übergreifen der Parteigegensätze in das in seinen Spitzen meist noch monarchische Heer nicht verhindert werden. Die gleichen Kreise trieben auch, was von deutscher Seite mit starker Unruhe bemerkt wurde, eine äußerst eifrige katholische Propaganda innerhalb der Armee[1]).

Schließlich zeigte auch die Heeresneuordnung noch recht empfindliche Mängel. Den zwingenden Lehren der Niederlage folgend, hatte man sich zwar in den Hauptlinien — so in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht — an das Vorbild des deutschen Heeres angeschlossen, jedoch nicht ohne empfindliche Inkonsequenzen. Da Thiers glaubte, daß ein kurz dienendes Heer, ganz den wechselnden politischen Strömungen im Lande ausgesetzt, der Regierung jedenfalls in Frankreich keine genügende Stütze bieten könne, hatte man zu der mit der Idee der allgemeinen Wehrpflicht ganz unvereinbaren Aushilfe gegriffen, eine erste Hälfte des Ersatzes (die sogenannte première portion, natürlich durch das Los bestimmt) 5 Jahre, also langfristig, die zweite Hälfte als deuxième portion nur 1 Jahr dienen zu lassen. Die Armee bestand also in unorganischer und ungerechter Weise aus zwei ganz verschiedenen Hälften. — Ferner hatte Thiers durchgesetzt, daß man aus Furcht vor gefahrbringender Förderung der Stammesgegensätze im Frieden nicht die Rekrutierung der Korps in ihren Standortbezirken durchgeführt hatte, die erst bei der Mobilmachung eintreten sollte, hatte aber damit deren Vorbereitung im Frieden erschwert. Schließlich unterdrückte man in unangebrachter Gleichmacherei unter den Mannschaften jede Möglichkeit finanzieller Unterscheidung. Dadurch beraubte man sich der Möglichkeit, Kapitulanten in größerer Zahl zu gewinnen. Gerade 1875 befand man sich daher in schwerer Krise durch Mangel an Unteroffiziererersatz, da man in diesem Jahre zur Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 schreiten mußte, also der letzten am Kriege noch beteiligten Mannschaften, mit denen man eine besonders große Anzahl alter erprobter Unteroffiziere verlor. Trotz dieser Ausstände war bis 1875 doch die erste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht geglückt und eine Grundlage für die Zukunft gelegt.

Das Cadresgesetz von 1875, das eine lange und kämpfereiche parlamentarische Vorgeschichte hatte, sollte für diese kommende Entwicklung einen bleibenden Rahmen schaffen durch Festlegung des Bestandes und der Einteilung der Stämme der Armee und die Bestimmung einer als Minimum

[1]) Mil. Ber. Nr. 89.

gedachten durchschnittlichen Stärke der verschiedenen Einheiten. Nach langen, oft recht direktionslosen Beratungen hatte man in der zweiten Lesung (abgeschlossen am 20. Januar 1875)[1]) beschlossen, die bisherige Kompagniezahl für das Bataillon von 6 auf 4 herabzusetzen. Man wünschte, die bisherige, als völlig unzulänglich erkannte Stärke der Kompagnie (angeblich nur rund 60 Mann Dienststärke) im Interesse der Möglichkeit einer gesunden taktischen Ausbildung wirksam zu erhöhen. Bis zur dritten Lesung drängte sich aber ein Bedenken auf, das zu einer verblüffenden Änderung dieses Beschlusses führte. Gerade die französische Armee war von jeher mit Chargen überlastet. Der angenommene Beschluß drohte eine ungemeine Anzahl älterer Offiziere auf beschäftigungslose, überzählige Stellen zu drängen. Man suchte Abhilfe, und in dritter Lesung wurde fast ohne Debatte, vom Kriegsminister de Cissey warm empfohlen, durch Einrichtung je eines vierten Bataillons zu 4 Kompagnien auf das Regiment Abhilfe geschaffen.

Der Bericht des deutschen Militärattachées bezeugt selbst, daß die Kammer sich der weittragenden Bedeutung ihres Beschlusses anscheinend nicht bewußt gewesen ist. „Die Tragweite dieses Beschlusses ist von keiner Seite gewürdigt worden. Es hieß kurz, das Friedenseffektiv der Armee wird dadurch nicht verändert und die sonst überzähligen Hauptleute seien damit untergebracht[2])."

Die wirkliche Bedeutung lag aber natürlich auf der Hand, und es konnte den deutschen Beurteilern wie dem Militärattaché wirklich nicht verargt werden, wenn sie in der offensichtlichen französischen Harmlosigkeit, hinter der anscheinend viel von jener Gleichgültigkeit steckte, mit der in Parlamenten oft wichtige Fragen in einem gewissen Stadium der Ermüdung an der Sache ihre Erledigung finden, zunächst nur einen neuen Beweis der bekannten und rühmlichen patriotischen Disziplin des Franzosen sahen. Durch das neue Gesetz wurde eine große Anzahl neuer Stämme bereit gestellt. „Es ist die Möglichkeit gegeben, durch Aufstellung eines Kriegsetats von 200 bis 300 Mann pro Kompagnie 100 000 bis 150 000 Mann mehr in die aktive Feldarmee zu stellen." Da der Kriegsminister de Cissey von je her Anwalt und Befürworter des Gedankens der zahlreichen Stämme gewesen war, da er die Entscheidung für die Annahme der so plötzlich veränderten Vorlage selbst herbeigeführt hatte, konnte niemand vom Auslande erwarten, daß es in dem Ergebnis eine Zufälligkeit sah.

---

[1]) Mil. Ber. Nr. 77. 22. Januar. Bülow.

[2]) Mil. Ber. Nr. 83. 18. März. Bülow. Vgl. jetzt Akten des A. A. Bd. I, Nr. 157, 159.

Da eine Erhöhung der Gesamtstärke des Friedensheeres zunächst nicht stattfand, bedeutet das neue Gesetz in der Tat nur eine Eventualdrohung für den Fall kommender kriegerischer Konflikte. Es mußte aber natürlich einige Zeit vergehen, bis man sich darüber in Deutschland klar sein konnte. Fürs erste war es nur zu natürlich, daß man sich vor eine augenblicklich drohende Herausforderung gestellt meinte. Man glaubte in militärischen Kreisen, eine entsprechende Erhöhung der französischen Friedenspräsenz um 144 000 Mann annehmen zu müssen[1]), da ja der Ausgangspunkt der französischen Maßnahme der Wunsch gewesen war, die zu geringe Stärke der Friedenskompagnie zu erhöhen. Man empfand nachher eine mit nicht ganz unberechtigtem Spotte gemischte Überraschung, als man feststellen mußte, daß die französische Kammer in letzter Stunde doch wieder das Interesse gesunder Ausbildungsprinzipien dem Wunsche geopfert hatte, die übergroße Menge der Chargen unterzubringen.

Im Augenblick glaubte man jedenfalls in Berlin vor einem letzten, vorbereitenden Schritte zum Revanchekrieg zu stehen. Das Militär-Wochenblatt[2]) schloß seine Besprechung des französischen Gesetzes mit einem feierlichen Videant consules. Schon vor einiger Zeit hatte es besorgt auf die zahlenmäßige Überlegenheit der französischen Artillerie mit 437 gegen 300 deutsche Batterien hingewiesen: „Wir stehen hier vor einem Reichtum der Organisation, der wirklich Neid erwecken kann und der uns dringend wünschen läßt, es werde endlich einmal die Zeit kommen, wo unsere Artillerie wenigstens die sechs Geschütze der Batterie bespannen kann und damit die normale taktische Gliederung ihres fechtenden Teiles auch schon im Frieden herstellen kann". Man war durchweg der Ansicht, daß Frankreich unmöglich die erforderlichen finanziellen Mehrlasten auf die Dauer tragen könne[3]), und darum diese Verstärkung (175 Feldbataillone mehr) auf sich nehme mit der sicheren Erwartung einer baldigen kriegerischen Auseinandersetzung[4]).

Dies war die Ansicht, zu der sich sofort und unverhüllt der Generalstab bekannte, die er in seiner Mehrheit auch festgehalten hat, wenn anders Bismarck sich nicht täuschte, als er später erzählte, es sei nötig geworden, den

[1]) S. z. B. Preuß. Jahrb. 1875. Militärische Korrespond. 12. April (Wehrenpfennig). — Eine Verstärkung um 144 Bataillone s. Akten des A. A. Bd. I. Nr. 157.

[2]) Militär-Wochenbl. 27. März. Jahrg. 1875. Nr. 25. S. 437 und S. 523ff.

[3]) So anfangs auch v. Bülow. Mil. Ber. Nr. 83. 18. März.

[4]) So scharf ausgesprochen in der Instruktion an Graf Münster vom 11. April. „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorbereitungen, welche die französische Regierung trifft, um ihre Armee in schlagfertigen Zustand zu versetzen, weit über das Bedürfnis einer friedlichen Politik und über die materiellen Kräfte des Landes hinausgehen." Akten des A. A. Bd. I, Nr. 158.

Generalstab wegen Übergriffs in die politische Sphäre in seine Schranken zurückzuweisen. Generalfeldmarschall v. Moltke hat während der ganzen folgenden Krise schonungslos die Forderung eines Präventivkrieges vertreten, den die Lage nicht mehr umgehen lasse[1]).

Auch in Berliner politischen Kreisen war der erste Eindruck der französischen Maßnahme ohne jeden Zweifel außerordentlich ernst[2]). Aus Hohenlohes Erinnerungen geht hervor, daß Kaiser Wilhelm zeitweise fest von französischen Angriffsplänen überzeugt war. Wie ernst auch Bismarck die Lage auffaßte, geht daraus hervor[3]), daß er eben jetzt mit Hohenlohe die europäischen Allianzemöglichkeiten für den Fall eines deutsch-französischen Krieges durchging, bezeichnenderweise unter Betonung der bedenklichen Lage Deutschlands bei einer französisch-russischen Kombination. Dem Großherzog von Baden gegenüber gab Hohenlohe[4]) seinen Eindruck von den Berliner Erörterungen klaren Ausdruck dahin, *er halte es für wenig wahrscheinlich, daß sich der drohende Krieg vermeiden lassen werde.* Am 27. März waren diese Dinge — sicher auf dem badischen Wege — schon so weit durchgesickert, daß sie von Geffcken in sensationeller Form (Bismarcksche Absicht einer Aufteilung von Belgien zwischen Frankreich und Holland) an Morier weitergegeben wurden[5]), d. h. die englische Diplomatie sollte mobil gemacht werden, um die Welt gegen die blinde Kriegspolitik des deutschen Kanzlers zu schützen[6]). Tatsache war zunächst nur, daß Anfang April die deutschen Vertreter in Paris, London und Wien nach Berlin[7]) berufen wurden, um nach Radowitz' Rückkehr Instruktionen angesichts der zweifellos schwierig gewordenen Lage zu empfangen.

---

[1]) Vor allem seine Unterredung mit dem belgischen Geschäftsträger Baron de Nothomb. Hanotaux II, S. 205.

[2]) Hohenlohe II, S. 152. 21. März.

[3]) Hohenlohe II, S. 152. 22. März.

[4]) Hohenlohe II, S. 153. 25. März.

[5]) Morier II, S. 133 ff.

[6]) Geffcken S. 10.

[7]) Geffcken S. 10. — Preuß. Jahrb. 1875 S. 448. — Da das Verhalten selbst der offiziellen deutschen Diplomatie in diesen Monaten lange arg im Dunkeln lag, haben gerade dadurch die Vermutungen immer neue Nahrung gefunden, daß Deutschland eine mehr oder weniger ausgebreitete Aktion gegen das französische Gesetz unternommen habe. Es ist natürlich klar und stets zugegeben, daß Deutschland den anderen Regierungen Mitteilung von seinen Befürchtungen machte und daß es diesen Schritt auch als Dämpfer für Frankreich angesehen haben wollte. Weiter ist es, wie wir noch sehen werden, nicht gegangen. Hier ist derjenige Punkt, an dem die Hinzuziehung der Akten des Auswärtigen Amtes wohl am bedeutsamsten wird, indem sich klar herausstellt, welchen Inhalt die Instruktionen der deutschen Vertreter in den kritischen Monaten gehabt haben.

Erst zu Anfang April fing man an klar zu sehen, daß Frankreich tatsächlich doch noch nicht an direkt bedrohliche Maßnahmen dachte. Der Bericht des Militärattachés vom 11. April wendet sich nun schon in der Überschrift gegen die pessimistische Beurteilung der Lage in der deutschen Presse[1]). „Das Gesetz bringt nach allem keine Verstärkung der Armee in ihrem Mannschaftseffektiv und dem Friedensfuß mit sich". Zwar erlaubten die vermehrten Stämme im Kriegsfalle natürlich ein Auftreten mit 144 000 Mann mehr in erster Linie, und dies sei auch das eigentliche Ziel des Kriegsministers gewesen. Aber: „Dem Gedanken, daß die Art und Weise, wie dieses Gesetz zustandegekommen ist, und seine Konsequenzen selber die Kriegsbedrohung in größere Nähe gerückt hätten, als sie es war, vermag ich nicht beizustimmen. Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung nicht wesentlich anders als bisher, und wenn an einer Stelle bei Besprechung desselben Standpunktes von einer Kriegspartei in Frankreich die Rede ist, so muß ich bemerken, daß eine solche Bemerkung sich zwar auf das ganze französische Volk aller Farben und Schichten anwenden läßt, insofern jedermann, zu welcher Klasse er gehöre, die Hoffnung auf bessere Zeiten in sich trägt. Versteht man unter diesem Ausdruck eine Partei, die ohne Überlegung und ohne Bundesgenossen abzuwarten, auf einen sofortigen Wiederausbruch der Feindseligkeiten hinarbeite, so glaube ich nicht, daß eine solche Partei, oder eine Genossenschaft, die auf diese Bezeichnung Anspruch machen könne, existiert. Es mag vielleicht vereinzelte Heißköpfe geben, die so denken; von irgend einem Einfluß auf die Entwicklung der Dinge werden dieselben für die nächste Zeit sicherlich nicht werden, weder in der Armee, noch im Volke."

Die Bedeutung eines solchen Berichtes, gerade von fachmilitärischer Seite aus, ist bei der friedlichen Gesinnung Kaiser Wilhelms und der Abneigung Bismarcks gegen einen Krieg unter sicher ungünstiger europäischer Konstellation klar genug. Der Bericht hat zwar dem Militärattaché eine fühlbare Zurechtweisung eingetragen. In dem Eifer, mit dem er sich die politische Beurteilung Hohenlohes zu eigen gemacht hatte, war dessen Hand zu deutlich zu spüren gewesen, und es sollte für beide eine Mahnung sein, die Beeinflußbarkeit des Berliner Urteils nicht zu überschätzen, wenn der Attaché sehr gemessen darauf hingewiesen wurde, daß sein Amtskreis sich auf die scharfe Überwachung der militärischen Maßnahmen Frankreichs beschränke[2]). Sachlich ist aber die Richtigkeit seiner Anschauungen schnell durchgedrungen und hat die erste Schärfe der Berliner Besorgnisse gemildert. Mitte April erreichte die akute Krise vorläufig ihr Ende (s. Ab-

[1]) Mil. Ber. Nr. 84. 11. April. Bülow.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 171, S. 269.

schnitt IV). Die Kriegsforderung der deutschen Militärs, soweit diese noch an ihrer anfänglichen Ansicht festhielten, war damit erledigt.

Im August[1]) konnte man bei Einbringung des französischen Budgetentwurfs für 1876 feststellen, daß der Heeresetat tatsächlich finanziell im wesentlichen der alte geblieben war. (500 gegen 1875 493 Mill.) Der Zustand der Heeresverfassung war sogar noch immer so ungeklärt, daß der Entwurf erklären mußte: „Infolgedessen wird die Organisation nicht vor Ende 1877 durchgeführt sein." Bereits am 15. Mai hatte Bülow unter erneutem Hinweis auf die bleibende Schwäche der französischen Stämme abschließend zum Cadresgesetz mit dem ganzen Stolze des soliden preußischen Offiziers alter Schule sagen können[2]): „Meines Erachtens ist diese Tatsache nicht genügend von denjenigen Fachmännern in der deutschen Presse berücksichtigt worden, welche das Cadresgesetz und seine Konsequenzen vielleicht zu ausschließlich nach unseren — Gott sei Dank — auf gesunden Grundlagen beruhenden Ausbildungsprinzipien beurteilt haben. Den Maßstab deutscher Gründlichkeit und deutschen Ordnungssinnes darf man an französische Militärinstitutionen eben nicht zu strenge anlegen."

Abschließend gilt es jedoch noch einmal — abgesehen von der dem Historiker fernerstehenden Erörterung der Frage der prinzipiellen Zulässigkeit — die relative Berechtigung der Ansichten der deutschen Militärs zu betonen, die schon 1875 in dem Erstarken der französischen Macht eine ernste Gefahr sahen. Es ist — trotz allen oben gegebenen Abzügen — doch eine sehr ernste Frage, ob das Frankreich von 1875 mit seiner allgemeinen Wehrpflicht, seinem nationalen Elan und dem starken Erbe ausgebildeter Feldsoldaten aus dem verlorenen Kriege nicht doch schon eine erheblich stärkere Macht darstellte als das morsche Kaisertum Napoleons III. vor 1870 mit seiner ungenügenden militärischen Flickreform. Ich glaube, daß diese Frage zu bejahen ist. Es lag diplomatisch natürlich im Interesse Frankreichs, sich möglichst als schwach und hilflos darzustellen. Bülow[3]) hat gemeint: „Einen irgendwie bedrohlichen Charakter für die nächste Zukunft vermag ich auch heute nicht zu erkennen; vor dem Jahre 1877 ist Frankreich nach meiner innigen Überzeugung nicht imstande, sich in einen europäischen Krieg einzulassen." Dazu scheint es zu passen, daß Decazes am 29. April Hohenlohe pathetisch beteuerte, man werde sich vor einem deutschen Angriffe widerstandslos hinter die Loire zurückziehen. Die Akten beweisen uns hier jedoch das Gegenteil. Der französische Aufmarschplan sah schon 1875 ein Ausladen der Truppen im Raume Longuyon—Frouard—Ver-

[1]) Mil. Ber. Nr. 92. 11. August.
[2]) Mil. Ber. Nr. 85. 15. Mai.
[3]) Mil. Ber. Nr. 92. 17. August.

dun—Toul—Vitry-le-François vor[1]), nahm also sicher eine Defensive in entsprechender Linie an. Es ist sehr gut möglich, daß ihm die Unterstützung durch einen oder auch mehrere Alliierte Voraussetzung war. Ob dabei konkrete Hoffnungen und Entwürfe eine Rolle spielten, bleibt uns verschlossen. Die französischen Archive werden noch schweigsamer sein als die deutschen. Jedenfalls erhellt klar, daß die deutsche Diplomatie vor der Aufgabe stand, nach Möglichkeit Frankreich isoliert zu halten und, wenn nicht eine Einschränkung seiner für Deutschland unter allen Umständen unangenehmen Rüstungen friedlich erreichbar war, doch klar und deutlich zu machen, daß Deutschland auf der Hut war. Wie es knapp zusammengefaßt ist in einer Berliner Depesche an Hohenlohe vom 3. Mai: „Wir können daran erinnern, daß seit drei Jahrhunderten Frankreich, sobald es sich dazu hinlänglich stark fühlte, stets die Initiative des Überfalls und Angriffes gegen Deutschland genommen hat, und für uns daraus die Lehre ziehen, daß wir einem so händelsüchtigen Nachbarn gegenüber dauernd auf der Hut bleiben müssen[2]).

Die Ende März durch das französische Cadresgesetz angehäuften europäischen Schlagwetter kamen nun Anfang des nächsten Monats vor der breiten Öffentlichkeit zur Entladung.

IV. Die deutsche Preßkampagne und der diplomatische Gegenstoß Frankreichs.

Der Anlaß war eigentümlich genug.

In den ersten Tagen des April weilte Kaiser Franz Josef als Gast des italienischen Königs in Venedig[3]). Der Besuch, international wichtig als Ausdruck eines endgültigen österreichischen Verzichts auf die Verluste von 1859 und 1866, erregte in Deutschland in mancher Beziehung ein unbestimmtes Unbehagen. Wie man anläßlich des Kulturkampfes eben mit Belgien in Verhandlung stand, um die Strafverfolgung des Kesselflickers Duchesne durchzusetzen, der in angeblich unzurechnungsfähigem Zustande brieflich dem Pariser Erzbischof angeboten hatte, den Fürsten Bismarck als Feind der Kirche zu ermorden, so hatte man auch in Italien den Hebel anzusetzen versucht, und eine Änderung des Garantiegesetzes in Anregung gebracht, um auf den Papst einen Druck auszuüben. Jetzt fürchtete man, daß

---

[1]) Mil. Ber. Nr. 78. 30. Januar. Über ein französisches Eisenbahntransporttableau.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 171, S. 269.

[3]) Hanotaux II. 2, S. 183f. Grenzboten 1875, Bd. II, S. 169ff. „Auf Wache". Vgl. Hans Blum: Der Artikel sei im Auftrage von Aegidi geschrieben worden. (Hans Blum, S. 118f.)

die klerikalen Elemente in der Umgebung des Kaisers Franz Josef eine Einigung zwischen Papsttum und italienischem Königtum herbeiführen würden, in der beide ihren seit 1870 dauernden Zwist in gemeinsamer Wendung gegen Deutschland begraben könnten. — Man glaubte hinter einer solchen Wendung den gefürchteten Klerikalismus Frankreichs stehen zu sehen, der auf die Erneuerung der Kombination von 1867 hinarbeitete. Man überschätzte dabei wohl den Einfluß der österreichischen Hof-, Adels- und klerikalen Kreise, die auf den Sturz des Grafen Andrassy zweifellos hinarbeiteten. Aber die deutsche Öffentlichkeit wurde bestärkt in ihrem Unbehagen, als am 8. April[1]), zwei Tage nach der Begegnung in Venedig, unerwartet eine für die zweite Hälfte des Monats geplante Reise Wilhelms I. nach Italien in der Presse abgesagt wurde. An Stelle des Kaisers ging der Kronprinz. Doch unterblieb ein großer offizieller Empfang. Wenn auch dieser Vorgang nicht in direktem Zusammenhange mit jenen vorhergehenden Ereignissen gestanden haben mag, so müssen doch auch die deutschen Regierungskreise nicht ohne Sorge gewesen sein. Denn als bald darauf die Presseartikel der Kölnischen und Postzeitung erschienen, vermutete kein Geringerer als Kaiser Wilhelm hinter ihnen Indiskretionen amtlicher Stellen, da sie „so viel Ähnlichkeit mit dem Depeschenaustausch der letzten Wochen" hätten[2]).

Denn in diesem Stadium setzte — ein wichtiger Abschnitt — die Beschäftigung der deutschen Presse mit dieser ganzen, recht komplizierten europäischen Lage ein. Zuerst am 5. April brachte die „Kölnische Zeitung" einen Wiener Brief unter der bezeichnenden Überschrift: „Neue Alliancen", der jene deutschen Sorgen wegen der Haltung des österreichischen Verbündeten erörterte[3]). An diesen anknüpfend, folgte am 8. jener berühmte „Post"-Artikel: „Krieg in Sicht", der zwar die Befürchtungen wegen Österreichs nicht ganz teilte, aber mit großem Ernste auf die Bedeutung des französischen Cadresgesetzes hinwies. Er faßte die Lage zusammen in den lapidaren Satz: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolken sich zerstreuen." Der Artikel erregte natürlich ungeheures Aufsehen; die Kurse an der Berliner Börse begannen sofort zu sinken[4]). Da das Blatt im allgemeinen dem Reichskanzler nahestand, glaubte man in diesem scharf akzentuierten Weckrufe an die Öffentlichkeit

[1]) Kreuzztg. 8. April. Nr. 81.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 162. Kaiser Wilhelm I. an Staatssekretär v. Bülow. Handbillett. 11. April (S. 255). Bülows Antwort (Bd. I, Nr. 163, S. 256) beweist, daß es sich gerade um die Erörterung dieser österreichischen Verhältnisse handelte.

[3]) S. Hohenlohe II, S. 774.

[4]) Kreuzztg. 10. April. Nr. 83. Vgl. Tiedemann, Denkwürdigkeiten. Leipzig 1909. II, S. 25.

einen Ausdruck seiner Ansichten sehen zu müssen. Auch das Ausland teilte diese Ansicht. In Paris geriet die Börse in solche Unruhe, daß noch am Abend des Bekanntwerdens des Artikels durch Boten festgestellt wurde, ob Fürst Hohenlohe an einem für diesen Tag geplanten Diner beim Marschall Mac Mahon noch teilnehme. Hohenlohe aber bat nicht nur sofort in Chifferntelegramm um Instruktionen für sein Verhalten, sondern fragte zugleich nach „vertraulicher Mitteilung über wirklichen Zusammenhang". Auch er hat also offenbar einen Anteil seiner Regierung an diesen Artikeln für möglich, wenn nicht wahrscheinlich gehalten[1]). Es war also verzeihlich, wenn die Presse zum Teil diese irrige Annahme als Tatsache behandelte. Blätter der Opposition, wie die „Kreuzzeitung", aber auch die „National-zeitung" protestierten sehr scharf gegen die Beunruhigung des Publikums von einer Stelle aus, die im In- und Auslande den Eindruck mache, offiziell bedient zu sein, ohne daß eine wirklich verantwortliche Stelle faßbar sei[2]).

Die Spannung wurde noch vermehrt, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sich zwar gegen die „melancholische Auffassung" der Lage durch die Presse verwahrte, aber durch einen äußerst ernsten Passus über die französischen Rüstungsmaßnahmen allem Bisherigen nun erst ein offizielles Relief gab[3]). Selbst Kaiser Wilhelm[4]) bezeichnete in seinem Handbillett an Bülow vom 11. April, in dem er seiner Entrüstung über den Pressealarm zum ersten Mal Ausdruck gab, die Äußerungen dieses Artikels über Frankreich als „nichts weniger als beruhigend."

Erst am 14. April goß die Provinzialkorrespondenz[5]) etwas Öl in die hochgehenden Wogen. Es waren die Tage, in denen man in Berlin über den wahren, beschränkteren Charakter des französischen Gesetzes ins klare kam. Es trat dann eine allmähliche Beruhigung der aufgeregten Presse ein. Nicht unwesentlich dabei war wohl, daß — entgegengesetzt zu ihrer sonstigen Neigung zu herausfordernder Propaganda der Revanche[6]) — die französische Presse sich dieses Mal strengste Disziplin auferlegte, sicher nicht ohne Anweisung von oben. Sämtliche größeren Blätter betonten Frankreichs Schwäche und Friedensliebe, voran der „Moniteur" vom 12. April. Auch der Herzog Decazes suchte beruhigend auf die Öffentlichkeit einzuwirken[7]).

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 160 und 164.

[2]) Kreuzztg. 11. April. Nr. 84 ff.

[3]) Kreuzztg. 13. April. Nr. 85. Diese schloß aus der „wohlwollend anerkennenden Art" des der Post zugeteilten Verweises auf Inspiration mit verteilten Rollen.

[4]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 162, S. 255.

[5]) Kreuzztg. 15. April. Nr. 87.

[6]) Nordd. Allgem. 17. April. S. Schultheß Europ. Gesch. Kal. für 1875. XII, S. 108 ff.

[7]) Kreuzztg. 13. April. Nr. 85. — 15. April. Nr. 86.

Schon am 16. meldete die „Nationalzeitung" von der ebenfalls erschütterten Pariser Börse wieder eine vorläufige Wendung zum Besseren. Durch französische Zeitungen wurden dann Ende April auch die beruhigenden Äußerungen des Kaisers vom 15. April bekannt, der auf einem Hofball dem französischen Militärattaché gesagt hatte, man habe Deutschland und Frankreich brouillieren wollen, jetzt aber sei alles vorbei[1]).

Fortan löste sich auch in der deutschen Presse die erste Erregung in einen erbitterten Kampf der Oppositionszeitungen gegen die Unruhestifter auf, hinter denen man die Pressestelle des Auswärtigen Amtes vermutete, ein Kampf, der, ganz ungescheut geführt, grell abstach von der absoluten Disziplin, die die französische Presse in der ganzen Zeit bewahrte[2]). Alle Versuche der offiziösen Zeitungen, diesen Sturm auf die provozierende Haltung der französischen Blätter vor dem deutschen Pressesturm abzulenken und so den Urhebern desselben ein indirektes Verdienst an der Beruhigung der Lage zuzuschieben, blieben demgegenüber umsonst[3]).

Bismarck hat nach Beendigung der Krise denn auch der öffentlichen Meinung und den schweren Hemmungen, die ihm die Verquickung mit der Presse hier gebracht hatte, Rechnung getragen durch die völlige Auflösung der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes[4]). Im folgenden Jahre hat er im Reichstage — und später immer wieder, wo er auf die Krise zu sprechen kam — sich bitter über die Disziplinlosigkeit der deutschen Presse beklagt und auch darin mit einen der Gründe für die Schwierigkeiten des Jahres gesehen. Den Vorwurf, er selbst sei der Hintermann dieses ganzen Pressefeldzuges gewesen, hat er stets von sich gewiesen. An Hohenlohe hat er sofort telegraphiert, daß die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und der „Post" ihm selbst überraschend gekommen seien[5]).

Das ist bestritten worden. — Die Diskussion darüber hat sich im allgemeinen zu eng an die beschränkte Fragestellung gebunden, ob Bismarck der Urheber des bekannten Presseartikels gewesen sei. Der Verfasser des Artikels, Konstantin Rößler, hat sich zwar sofort zu diesem bekannt, aber geleugnet, daß der Artikel von Bismarck inspiriert gewesen sei[6]). Nun ist

---

[1]) Kreuzztg. 27. April. Nr. 96. S. jetzt Akten des A. A. Bd. I, Nr. 173, S. 271, Anm.

[2]) Kreuzztg. 16. April. Nr. 88. Ferner Fortschrittl. Volksztg., Voss. Ztg., Frankf. Ztg., Nationalztg.

[3]) Nordd. Allgem. vom 17. April. S. Schultheß XII, S. 108.

[4]) Kreuzztg. 28. Mai. Nr. 121. Offizielles Communiqué vom 27. Dies an dieser Stelle natürlich triumphierend begrüßt.

[5]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 161.

[6]) Tiedemann S. 29. (Besuch Rößlers vom 30. April.) Über Rößlers persönlich unabhängige Haltung Bismarck gegenüber vgl. Lenz: Kl. histor. Schriften. München

zweifellos, daß nach der ganzen Stimmung, die in Deutschland seit 1871 gegen Frankreich bestand, Rößler auch durchaus selbständig zu seinen Erwägungen in dem Artikel kommen konnte, wie er das für sich ja beansprucht hat. Er konnte das um so leichter, als schon 1874 ähnliche Gedankengänge in Deutschland zur Genüge zur Sprache gekommen waren; war ihm doch auch zweifellos die Ansicht der höheren Militärs über die Lage bekannt. Daß diese aus ihrem Herzen keine Mördergrube machten, zeigt in Treitschkes Briefen der Passus über Moltke vom 25. April: „Vor 3 Tagen wurde Miquel von Moltke gefragt: „Wie würde man es im Lande aufnehmen, wenn wir noch in diesem Jahre einen Offensivkrieg begännen?"[1]) War Rößler ideell selbständig, so ist doch auf der anderen Seite sicher, daß Bismarck seinen Artikel wie den an ihn anknüpfenden Pressefeldzug gern gesehen hat[2]). Er hat damals sofort geäußert, er habe den Artikel zwar nicht veranlaßt, begrüße ihn aber als nützliches Schlaglicht auf die verwirrte Lage. Er hat auch später diesen ganzen Presseerörterungen das Verdienst zugeschrieben, durch die Alarmierung der europäischen Öffentlichkeit auf dem sichersten Wege alle unterirdische Maulwurfsarbeit zugunsten des Krieges unterbunden zu haben[3]). Zweifellos hat er es also bewußt zugelassen, daß die Äußerungen der Norddeutschen Allgemeinen das Feuer eher aufschürten als bekämpften. Nur hat er damit kaum, wie es ihm nachher wohl selbst erscheinen mochte, gerade den Füchsen in Deutschland Fackeln an die Schwänze binden wollen, sondern sein Verhalten war bestimmt, die Stimmung der öffentlichen Meinung Deutschlands auf Frankreich wirken zu lassen, um dieses in Schranken zu halten.

Diese Anschauungsweise ist selbst von einem dem französischen Minister im allgemeinen wohlwollenden Beurteiler wie Hohenlohe geteilt worden. Denn er berichtet am 12. April mit sichtlicher Genugtuung von dem „heil-

---

und Berlin. 2. Aufl. 1913. II, S. 493ff. Ferner Plehn S. 31, der Rößlers Neigung zu umfassender, etwas gelehrtenhafter, leicht starr theoretisierender Würdigung der politischen Lage hervorhebt. Die Möglichkeit, daß deutsche Publizisten selbständig zu diesen Gedankengängen kommen konnten, betonte Bülow sofort gegen den Indiskretionsverdacht des alten Kaisers. Akten des A. A. Bd. I, Nr. 163, S. 256.

[1]) Treitschke Briefe III, S. 44. Leipzig 1920.

[2]) 11. April an Lucius S. 71f. — Ganz entsprechende Ausführungen brachte dann die Nordd. Allgem. Ztg. s. Schultheß S. 108ff. 17. April.

[3]) Rede vom 9. Februar 1876. Bismarcks Reden, herausgegeben von Horst Kohl. II, S. 335ff. Oncken in: Das alte und das neue Mitteleuropa. Gotha 1917. S. 12, streift die Möglichkeit, daß Bismarck die ganze Krise zur Klärung des politischen Horizontes selbst heraufbeschworen habe. Das ist demnach noch einzuschränken. Die Klärung war ihm nicht unwillkommen, aber er hätte sie bei der Ungunst der Lage kaum in so herausfordernder Starrheit wie Rößler herbeigeführt.

samen Schreck"[1]), den das Erscheinen der Artikel in Paris verursacht habe. Er hatte wohl wieder Recht, wenn er beschwichtigend schloß, daß in Paris mehr „Bestürzung als kriegerischer Sinn" herrsche, aber Decazes hatte in seiner Unterhaltung mit ihm doch zugeben müssen, daß die bisherige revanchelüsterne und taktlos herausfordernde Haltung der französischen Presse die deutsche Antwort selbst mit veranlaßt hatte. Der Bismarcksche Gedankengang fand also im Munde des französischen Ministers selbst eine Rechtfertigung. Es war eine Politik des kalten Wasserstrahles, nicht inszeniert von Bismarck, aber als zur guten Gelegenheit kommend geduldet. Mehr darf hinter den Vorgängen nicht gesucht werden.

Zu Lucius hat er noch in jenen Tagen geäußert, von Krieg sei gar keine Rede, aber es begrüßt, daß die Beunruhigung wichtiger deutscher Kreise über die französische Heeresverstärkung auf diese Art und Weise als Sicherheitsventil für die Schwüle der europäischen Lage funktionierte. Er hat den Pressefeldzug also zwar nicht eröffnet, wohl aber geduldet und von sich aus genährt. Auch die ihm nahestehenden größeren Zeitschriften, Grenzboten und Preußische Jahrbücher[2]), haben in den Chor der flüchtigeren Presse eingestimmt, und wir haben ein freilich nur aus der Erinnerung geschöpftes Zeugnis von Blum[3]), daß Bismarck 1875 dem angeblich von Aegidi verfaßten Grenzbotenartikel: „Auf Wacht" nahegestanden habe. Obwohl so nicht ganz einwandfrei, scheint doch auch diese Angabe zu bestätigen, daß damals ermunternde Fäden von Bismarck zur Presse liefen.

*

Der französische Gegenstoß ließ nicht lange auf sich warten.

Als am 7. April der französische Botschafter in Petersburg, General Le Flô, der in Paris auf Urlaub gewesen war, sich bei Marschall Mac Mahon verabschiedete, legte ihm dieser eine Reihe von Nachrichten aus Deutschland und Warnungen von zwei höchstgestellten europäischen Persönlichkeiten vor, man plane in Deutschland, Frankreich anzugreifen[4]). Der Ausbruch des Krieges sei aber vom Frühjahr auf September verschoben

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 164. Bericht Hohenlohes vom 12. April.

[2]) Preuß. Jahrb. 1875. S. 448 ff.

[3]) Blum S. 118 ff.

[4]) Hanotaux II. 2, S. 189 ff. — Bismarck und Frankreich S. 166 ff. Nach einer Angabe bei Broglie: La mission de Gontaut-Biron à Berlin. Paris 1896. S. 217. „Die Königin von Holland, deren Warnungen Napoleon III. zu Unrecht in den Wind geschlagen hatte, teilte dem französischen Gesandten vertraulich mit, daß sie alle Besorgnisse Decazes' teilte und daß ihre eigenen Nachrichten sie bestätigten." s. Plehn S. 345/46, Anm. 25. Bismarck hat ebenfalls geglaubt, daß sie im Spiel gewesen sei. (Hohenlohe II, S. 171.)

worden. Der General stieß in Petersburg bei dem Versuche, auftragsgemäß von Rußland ein Versprechen der Deckung Frankreichs zu erhalten, zunächst auf Unglauben. Der Zar berief sich auf die Friedensliebe seines Oheims und wollte höchstens an Ränke Bismarcks glauben, der seine Stellung zu festigen versuche. Er versprach aber, er werde Frankreich benachrichtigen, wenn ihm eines Tages wirklich ernste Gefahr drohe. Auch Gortschakow war skeptisch gegen die französische Nervosität und begnügte sich mit dem wenig substantiellen Freundschaftsworte, Frankreich müsse, um sich zu decken, so stark wie möglich werden.

Trotz dieser Zurückhaltung stellte dieser erste diplomatische Schritt in Petersburg doch schon einen Erfolg Decazes' dar. Man war in Petersburg beunruhigt und ließ es nicht bei Worten. Aus einer knappen Notiz bei Wertheimer[1]) geht hervor, daß der Zar in den Tagen vor dem 21. April den bei ihm persönlich akkreditierten General von Werder in streng vertraulicher Mission[2]) nach Berlin entsandt hat, um „der Besorgnis Rußlands über die letzten Ziele der deutschen Politik vertraulich Ausdruck zu verleihen." Bei der Knappheit der Notiz darf man aus ihr nicht zuviel Schlüsse ziehen[1]). Da Kaiser Wilhelm gerade in diesen Tagen (15. April) gegen den Fürsten Polignac seine Balläußerung tat, daß jetzt alles beendet sei, so ist nicht unmöglich, daß dieser Schritt durch das russische Eingreifen mit beschleunigt worden ist. Wir haben oben gesehen, daß er für Deutschland auch an sich ohne fremdes Zutun denkbar gewesen wäre, da man inzwischen sich über das französische Cadresgesetz hatte beruhigen können. Einen bedeutsamen Anhalt gibt der Schritt dagegen für die Beurteilung der kommenden Ereignisse. Wenn Bismarck nicht schon nach der Mission Radowitz' sich ganz klar über das Wohlwollen Rußlands für Frankreich war, so mußte er doch spätestens jetzt hinter die Kulissen blicken. Es ergibt sich daraus, daß wir nur mit äußerster Skepsis der Vermutung gegenüberstehen können, daß er noch weiterhin auf eine Beschränkung der französischen Rüstungen durch diplomatischen Druck unter Duldung der übrigen Mächte habe hinarbeiten wollen. Eine derartige Auslegung irgendeines seiner Schritte ist eigentlich schon an dieser Stelle erledigt.

Auch Rußland mußte gerade durch das Ergebnis der Mission Werders nun über den Friedenswillen Berlins klar sehen. Eben jetzt tat dort Kaiser

---

[1]) Wertheimer II, S. 235.

[2]) Wahl S. 89/90. Akten des A. A. Bd. I, Nr. 170 ist ein Immediatbericht v. Werders, der erste nach seiner Rückkehr nach Petersburg (24. April) gegeben. Er hat in seiner ersten Audienz beim Zaren (22. April) auf diesen dank politischer Orientierung durch Bismarck selbst beruhigend wirken können. Der Zar teilte ihm loyal die Besorgnisse Le Flôs und seine Versuche, den General zu beruhigen, mit.

Wilhelm seine bekannte Äußerung. Gleichzeitig bahnt sich (14. April)[1]) durch eine beruhigende Besprechung Gontaut-Birons und des Staatssekretärs von Bülow über die Bedeutung des Cadresgesetzes auch offiziell eine Entspannung an. Der Herzog Decazes, der bei Beginn der Beunruhigung nicht in Paris weilte, empfing am 25. April den Fürsten Hohenlohe noch sehr erregt. Er betonte eifrig die Ohnmacht Frankreichs, seine eigene Friedensliebe und schob alle Schuld auf Thiers, der durch seine Eitelkeit Frankreich in kostbare und militärisch wertlose Rüstungen verwickelt habe[2]). Am 29. April zeigte er sich jedoch schon viel beruhigter. Zwar hielt er es noch für nötig zu betonen, daß Frankreich bei einem deutschen Angriff erst hinter der Loire militärischen Widerstand leisten werde; wenn er aber mit dem Ansinnen kam, Deutschland möge als Zeichen des Vertrauens das Pferdeausfuhrverbot zurücknehmen, so beweist das, daß auch er sich vom ersten Schreck erholt hatte[3]). Die englische Diplomatie war überhaupt nicht aus ihrer Reserve herausgetreten. Lord Russell hatte sich über die Nervosität seiner meisten Kollegen sogar direkt lustig gemacht[4]). Jetzt kamen auch die Beruhigungsversuche der deutschen Presse.

Kurz die Krise ging tatsächlich zu Ende.

Da benutzte der Herzog Decazes einen Zwischenfall von ausgesprochen persönlichem Charakter zur Neuinszenierung einer großen europäischen Gefahr. Es galt, die Minierarbeit gegen Deutschland fortzusetzen.

Am 21. April trafen sich auf einem Diner in der englischen Botschaft in Berlin Gontaut-Biron und der aus Petersburg zurückgekehrte Radowitz. Es kam zu einer Unterhaltung, in der Radowitz sich anfangs durchaus friedlich gab, erklärte, daß die Frage der vierten Bataillone dank den beruhigenden französischen Erklärungen an Schärfe verloren habe, und die Haltung der deutschen Presse, voran der „Post", tadelte. Dann aber wies er hin auf die Anlässe, die französischerseits zu solchen unangenehmen Erörterungen vorlägen. Er betonte, daß der Revancherausch in Frankreich vorhanden, ja natürlich sei. Die Konsequenzen der in Frankreich mit solcher Hast betriebenen Heeresreorganisation müßten darum notwendig in Deutschland ernste Besorgnisse erwecken. Der deutsche Diplomat hat nach seinem eigenen Berichte über die Unterredung scharf betont, daß die Presseorgane, in denen die Aufsehen erregenden Artikel erschienen waren, von der Regierung unabhängig seien. Er behauptet, mit dem Eindruck von Gontaut-

---

[1]) Gontaut-Biron S. 437. Dazu eine Aufzeichnung Bülows in Akten des A. A. Bd. I, Nr. 166.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 167.

[3]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 169.

[4]) Newton II, S. 72 ff.

Biron geschieden zu sein, daß dieser durch den Verlauf der Unterhaltung sichtlich erleichtert sei[1]).

Trotzdem muß er sich zu Äußerungen haben hinreißen lassen, die es dem Franzosen leicht machten, unter Verdrehung des im Kerne friedlichen Sinnes aus dieser Besprechung eine neue Brandfackel zu machen.

Nach Gontaut-Birons Aussage hat er die Theorie des Präventivkrieges lebhaft verteidigt, schließlich behauptet, daß ein solcher Gedanke politisch, philosophisch, ja selbst christlich sei.

Wahrscheinlich hat Radowitz bei seinem Versuche, die Haltung der deutschen Presse als psychologisch erklärbar hinzustellen, im Eifer von Rede und Gegenrede doktrinär mit einer solchen oder ähnlichen Ansicht gespielt. Freilich ein Verfahren, das ein Diplomat in kritischer Zeit im Gespräch mit dem als intrigant bekannten Vertreter des wichtigsten europäischen Gegners sich nicht erlauben darf. Bismarck wird doch nicht so ganz unrecht gehabt haben, als er später bitter darüber Beschwerde führte, daß Radowitz mit einigen Glas Wein im Kopfe nicht mehr wisse, was er äußere[2]).

Trotzdem war diese Entgleisung auf keinen Fall ein Beweis gegen die Friedensliebe der deutschen Politik. Weder die Person des Sprechers, noch Gelegenheit und Ort erlaubten, dem Vorfall die Wichtigkeit beizumessen, die

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 177. Promemoria Radowitz' vom 12. Mai. — Dagegen Hanotaux II. 2, S. 194. — Dreux S. 450.

[2]) Bismarck hat zuerst bei den Verhandlungen während des russischen Kaiserbesuches die Wahrheit des Gontautschen Berichtes über diese Unterredung bestritten. Es ist ganz offensichtlich, daß es damals schon ein politisches Interesse der deutschen Diplomatie geworden war, vor dem Anklagechor ganz Europas einen ihrer Vertreter gegen den Vorwurf frivolen Spiels mit kriegsatmenden Gedanken zu decken. Das sehr sorgsam abgefaßte Promemoria Radowitz' vom 12. Mai ist wohl sehr wahrscheinlich zu diesem Zwecke und in diesem Sinne abgefaßt. Die kritische Partie der Unterhaltung ist in einen knappen Satz gedrängt und in diesem noch in möglichst günstiges Licht gerückt. Gegen Radowitz spricht entscheidend, daß nicht nur Bismarck sich Jahre später mit großem Unmut an die Sorgen erinnert hat, die ihm sein Mitarbeiter mit dieser Episode bereitete (vgl. Blum S. 226), auch aus dem Tagebuch Karls von Rumänien (Aus dem Leben Karls von Rumänien Bd. II, S. 448) geht hervor, daß weitere gut unterrichtete Kreise um diesen faux pas des Gesandten wußten. Weiterhin ergibt sich aus Hohenlohe II, S. 169 klar genug, daß Radowitz damals zu den Anhängern der scharfen Tonart gehörte. Bismarck äußerte in einem Varziner Gespräch vom 9. November 1875 zu dem Fürsten über Bülow und Radowitz: „Seien Sie versichert, daß diese beiden zusammen, wenn ich nicht das Sicherheitsventil wäre, in vier Wochen den Krieg herbeiführen würden".

Eine völlige Entlastung Radowitz' erscheint mir demnach trotz des Promemorias in den Akten des A. A. nicht möglich. Trotzdem bleibt bestehen, daß Gontaut-Biron skrupellos die Blöße eines Gegners ausgenutzt hat, der nach seiner eigenen Aussage glaubte, sich bei ihm eines gewissen persönlichen Vertrauensverhältnisses zu erfreuen.

ihm Paris in den nächsten Wochen vor dem Forum der großen Mächte zuerteilte. Es ist vielmehr charakteristisch für die Skrupellosigkeit der französischen Diplomatie, daß selbst im Berichte Gontauts an den Herzog von Decazes sich die Feststellung findet, es ließen sich bei der Unbestimmtheit der Radowitzschen Äußerungen aus ihnen kaum positive Schlüsse auf bestimmte politische Absichten ziehen. Das heißt er hat ebenso wie Radowitz gewußt, daß sein Gesprächspartner versöhnlich, friedlich gesprochen hatte. Er konstatierte auch schon am 26. erneut, daß die Beunruhigung in Berlin weiter anhalte. Aber die Gelegenheit zu diplomatischer Ausnutzung der Radowitzschen Äußerungen war zu verlockend; sie wurde von dem Botschafter dem Minister sofort nahegelegt und von diesem aufgenommen.

Am 29. April gingen die entsprechenden Instruktionen an die Vertreter Frankreichs in Wien, London und Petersburg[1]). Es beweist klar die gaskognische Dopelzüngigkeit des französischen Statsmannes, daß er am gleichen Tage mit Hohenlohe jene durchaus friedlich klingende Verhandlung geführt hatte[2]).

V. Der russisch-englische Interventionsentschluß.

Gavard und Le Flô haben ausführlich über den Erfolg ihrer Schritte berichtet. Sachlich glückte es in Petersburg nicht, die Russen über die formelle Linie der bisher gemachten Zusicherungen hinauszudrängen. Zweifellos aber lag in der wiederholt jetzt erneuten Zusicherung, daß Frankreich unter allen Umständen keine Überaschung ohne russische Warnung erleben werde, doch ein Eingehen auf die zähen Hilferufe von der Seine. Es stellte sich heraus, daß der Weihrauch, den die französische Diplomatie dem Schutzherrn des europäischen Friedens an der Newa spendete, seine Wirkung tat. Daher die wiederholten freundlichen Äußerungen des Zaren zu dem französischen Gesandten, sein Dank für den „französischen Vertrauensbeweis[3])", daher Gortschakows stolze Versicherung, Rußland werde sein Schwert nicht nötig haben, um Frankreich den Frieden zu erhalten. Zu dem österreichischen Gesandten Baron von Langenau äußerte der Zar in diesen Tagen, Frankreich könne ohne Allianz nichts unternehmen, er halte die Unruhe in Berlin für übertrieben. Deutschland erschien also in der Petersburger Beleuchtung jetzt als der nervöse Teil[4]). Also gerade umgekehrt als bisher, wo man in

---

[1]) Hanotaux II. 2, S. 169 ff. — Gavard S. 243.

[2]) Vgl. S. 25 obere Hälfte.

[3]) Bismarck und Frankreich nach dem Kriege. (Berlin ohne Jahr. Abdruck der Berichte Le Flôs.) S. 179 ff.

[4]) Hanotaux II. 2, S. 202 f.

Petersburg über Frankreichs Nervosität sich etwas herablassend mokierte[1]). — Die gerade Fortsetzung dieser Petersburger russisch-französischen Intimitäten sollte in den nächsten Tagen das Auftreten des russischen Kanzlers in Berlin bilden, das ihn bekanntlich für immer zu einem der bestgehaßten Gegner Bismarcks machte.

An diesem Punkte tritt besonders klar und einschneidend hervor, wie einzig und allein fortan die allgemeine Beunruhigung Europas einem sehr aktiven französischen Vorgehen in bestimmter Richtung entspringt. Gerade als Decazes sich anschickte, die Radowitzsche Ungeschicklichkeit auszunutzen, war ein Nachlassen der europäischen Krise zu verzeichnen gewesen, das in der ausdrücklichen Äußerung Kaiser Wilhelms gewissermaßen offiziell festgestellt worden war. Dies Nachlassen der Spannung war Ende April auch von englischer Seite aus ausdrücklich festgestellt worden[2]). Die Bismarcksche Theorie von der wohltätigen Wirkung des Feueralarmes hatte also bis zu einem gewissen Grade sich als richtig erwiesen. Trotzdem stellte die erste Maiwoche nun erst den Höhepunkt der allgemeinen Erregung dar, wenn auch kaum den wirklichen der Krise, der vielmehr in der stilleren Schwüle der zweiten Märzhälfte unmittelbar nach der Annahme des französischen Cadresgesetzes liegt. Der europäische Skandal wuchs sich aber nun erst zur vollen Größe aus. Jetzt erneuerten sich nicht nur die die breite Öffentlichkeit alarmierenden Ereignisse. Vor allem erfolgten jetzt wieder Schritte von deutscher Seite, die den Franzosen neuen Zündstoff für ihre diplomatische Agitationsarbeit lieferten.

Zunächst fand am 1. Mai erneut eine jener alarmierenden Unterhaltungen in Berlin statt, aus denen die Spielgegner der deutschen Politik schon damals so brillant Kapital zu machen wußten. Moltke erklärte dem belgischen Gesandten Nothomb, daß Deutschland im nächsten Jahre den Krieg nicht mehr vermeiden könne, wenn Frankreich seine Rüstungen nicht auf eine vernünftige Friedensstärke zurückführe[3]). Also eine erneute Radowitzepisode.

Dazu kam, daß scheinbar auch ein diplomatischer Schritt in Paris erfolgte.

Am 5. Mai hatte der Fürst Hohenlohe, unmittelbar ehe er auf Urlaub ging, eine Unterhaltung mit dem Herzog Decazes. Dieser behauptete, in dem Inhalt des Gespräches eine Ankündigung dafür sehen zu müssen, daß Deutschland demnächst an Frankreich mit der Forderung einer Beschränkung

---

[1]) S. Wertheimer II, S. 202, über persönliche Motive Gortschakows wegen augenblicklicher Erschütterung seiner Stellung, die er durch auswärtigen Erfolg zu sichern suchte.

[2]) Newton II, S. 78/79.

[3]) Newton II, S. 74.

seiner Rüstungen herantreten werde. Er setzte die Bearbeitung der europäischen Mächte in diesem Sine mit höchstem Nachdrucke fort. Bis auf den skeptischen Hanotaux[1]) haben sich französische und englische Beurteiler seinem Zeugnis gefügt. — Ad. Wahl hat dagegen neuerdings die überraschende Ansicht vertreten, daß es sich um einen Versuch Bismarcks gehandelt habe, freundschaftliche Fühlung zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen.

Wie war der wirkliche Gang der Ereignisse?

Am 25. April — gelegentlich der ersten großen Besprechung Hohenlohes und Decazes' nach der Eröffnung der Krise — hatte der damals noch sehr besorgte französische Staatsmann unter allgemeinen Beteuerungen friedfertiger Gesinnung auch den Wunsch gemeinsamer deutsch-französischer Tätigkeit geäußert. Er würde sich freuen, eine Grundlage dauernder Verständigung zu finden. Nur könne er sich nicht um der deutschen Politik willen mit den Klerikalen überwerfen. Mehrfach auf diesen Gedanken zurückkommend, hatte er wiederholt: „Wenn ich nur wüßte, was wir zusammen tun könnten[2])."

Es handelte sich also — und das ist natürlich grundlegend — bei diesen Fühlern um ein französisches, nicht Bismarcksches Anklopfen. Begreiflich genug versprach man sich in Berlin wohl nicht allzu viel von diesem doch vornehmlich durch die augenblickliche Besorgnis abgepreßten Freundschaftsergießungen, für deren Wert ja die folgenden Wochen einen beredten Kommentar bilden. Man ließ die Anregung allerdings nicht unbeachtet. Wir besitzen unter dem 30. April das Konzept einer Instruktion des Staatssekretärs von Bülow an Fürst Hohenlohe, die sich bemüht, die Stellen aufzusuchen, an denen die seit Jahren abgeschnittenen Fäden der deutsch-französischen Verständigung wieder angeknüpft werden könnten[3]). Sie betont in großem Überblick die Fragen, wo Interessenzusammenstöße beider Länder nicht zu erwarten seien — Afrika, Levante, Italien, Spanien — sie sucht einen Boden zu finden, auf dem man sich auch über das Verhalten dem Papste gegenüber verständigen könnte. Aber diese Anweisungen wurden nun doch zurückgehalten bis zum 3. Mai und gingen gemeinsam mit einer anderen Instruktion in einer Verkuppelung ab, die beweist, daß man der Aufrichtigkeit der gegnerischen Beteuerungen wenig traute und in einer Fortsetzung der Erörterung vor allem den Franzosen auf die Probe stellen wollte, ob er sich bereit finden würde, in seinen Handlungen die nötigen Folgen zu ziehen.

Der Herzog Decazes hatte am 29. April seiner Befriedigung über sehr

[1]) Hanotaux II. 2, S. 200.
[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 167.
[3]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 168.

optimistische Meldungen Gontauts Ausdruck gegeben, der glaubte, durch seine Erklärungen das gegen Frankreich in Berlin herrschende Mißtrauen beseitigt zu haben. Er meinte sogar, die deutsche Regierung überzeugt zu haben, „daß die militärischen Maßnahmen Frankreichs keinen für das Ausland bedrohlichen Charakter an sich trügen“[1]). Gleichfalls unter dem 3. Mai[2]) erhielt Hohenlohe Anweisung, gegen diese leichtherzige Auffassung scharfen Einspruch zu erheben. Seine Regierung lehne zwar die Verantwortung für Auslassungen wie den „Post“artikel ab, stehe aber noch immer auf dem besorgten Standpunkt der Erklärung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Der Staatssekretär betonte mit charakteristischer Schärfe, daß keine maßgebende Stelle dem französischen Botschafter Anlaß zu den von ihm berichteten Eindrücken gegeben haben könne.

Dieser Doppelauftrag ist es, den Hohenlohe am 5. Mai ausgeführt hat. Seine erste Hälfte ist von Decazes und den französischen Historikern, seine zweite von Wahl falsch ausgedeutet worden. Die Zurückweisung der Gontautschen Auffassungen führte zu erneuerten Beteuerungen friedlicher Gesinnung durch den Herzog, so daß Hohenlohe zu der Erörterung von den Möglichkeiten engerer Beziehungen der beiden Staaten überging. Der Botschafter schied mit dem Eindruck, dem Herzog klar gemacht zu haben, daß Deutschland in der französischen Militärreorganisation nicht die Gefahr einer nahe bevorstehenden kriegerischen Verwicklung, wohl aber eine bleibende Belastung der beiderseitigen Beziehungen sehe. Der französische Minister versprach zu erwägen, „wie und wo ein Terrain zu finden sei, wo durch die gemeinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs für ersteres Beruhigung und für letzteres die gewünschte Stellung unter den europäischen Großmächten gewonnen werden könnte“[3]). Eine Weiterverfolgung dieser edlen Absicht machte der Herzog selbst durch seine nun folgenden Schritte unmöglich.

Es scheint fast, als habe der erste Teil der Unterredung ihn doch lebhaft besorgt gemacht. Zwar glaubte er auch jetzt noch nicht, daß auf deutscher Seite direkt Angriffsabsichten gegen Frankreich beständen, auch die Nachrichten über die Nothomb-Moltkesche Unterredung hatten ihn daran nicht irre gemacht[4]). Aber er stellte sich doch, als ob er einer systematischen

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 169.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 171.

[3]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 172. — Hanotaux II. 2, S. 200. — Dreux S. 457 f. Nur Mitteilungen ohne Auftrag zur persönlichen Information.

[4]) Gontauts Bericht vom 7. Mai konstatiert wieder das Vorherrschen friedlicher Stimmung in Berlin. Es war der Tag, an dem er wegen des Nothomb-Gespräches bei Bülow vorstellig wurde! Gontaut S. 456 und 457. — Am 8. Mai faßte Decazes seine Ansicht über das deutsche Verhalten dahin zusammen: „Bismarck will uns glauben

deutschen Aktion gegenüber zu stehen glaube; zum mindesten einem bewußten starken Drucke in der Rüstungsfrage, was ja wohl nicht ganz falsch war, aber insofern über das Ziel hinausschoß, als da verschiedene, weit auseinandergehende Äußerungen von deutscher Seite, alle die schroffen Presseäußerungen, die Erklärungen der Militärs, die sehr verschiedene Haltung der deutschen Diplomaten, von Radowitz über Bülow bis zu dem vorsichtigen und zurückhaltenden Hohenlohe, sämtlich auf einen tief berechnenden Bismarckschen Plan zurückgeführt waren. Die Ausländer, unter denen vor allem auch hierin der englische Gesandte sündigte, waren ja berechtigt, Bismarck in letzter Linie entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik zuzuschreiben. Sie gingen aber doch viel zu weit, wenn sie alle die mannigfachen Friktionen am Berliner Hofe bei ihrer Einschätzung des deutschen Verhaltens außer Acht ließen. Alle jene provozierenden Schritte entsprangen Tendenzen, die eben auch Bismarck nicht abzustellen imstande war, denen gegenüber aber er sich reserviert verhalten mußte, weil er nicht imstande war, die deutschen Sorgen wegen der französischen Revanchelust durch ein kategorisches Dementi aus der Welt zu schaffen. Da er vielmehr diese Sorgen von 1871 bis zu seinem Tode mehr oder weniger geteilt hat, ließ er jetzt den Druck der öffentlichen Meinung sich auswirken. So ist es zu verstehen, daß er durch jenen aller amtlichen Form vorsorglich entkleideten Hohenloheschen Schritt in Paris ausdrücklich daran mahnte, daß man in Deutschland die gegen uns gerichtete — wenn auch von der französischen Politik offiziell verdeckte Strömung, den steten Hintergrund aller französischen Arbeit, nicht vergesse, sie aber auch bei dem Fehlen brennender Interessenkonflikte für töricht halte. Die Bismarcksche Stellung gegenüber dem deutschen Pressefeldzug, seine Zurückhaltung angesichts des Verhaltens der Militärs, ist doch wohl so zu verstehen, daß es ihm nicht unangenehm war, wenn der Gegenspieler an der Seine stets ein warnendes Menetekel vor Augen hatte.

Der Herzog von Decazes hat behauptet, daß Bismarck damals das Ziel verfolgt habe, von Frankreich eine Herabsetzung seiner Rüstungen zu erzwingen, und hat auch später mit großem Nachdruck an seiner Behauptung festgehalten. Zum Teil war diese Schwarzseherei gewollte Taktik; zum kleineren Teile ist sie wohl auch psychologisch zu erklären. Aus seiner Korrespondenz geht hervor, daß der Herzog, was bei der schwierigen Lage des mit seinem Heeresausbau noch nicht fertigen Frankreich verständlich

machen, daß er den Krieg will, mehr, als es in Wirklichkeit der Fall ist." Vgl. Hanotaux' Urteil: „Zweifellos war der schlaue Gaskogner durchaus nicht das Opfer der Täuschungen, die er Europa zu suggerieren versuchte". s. Brief Decazes' vom 8. Mai. Hanotaux II. 2, S. 195ff.

war, bis zur Ängstlichkeit nervös jede irgendwie drohende Geste seines großen deutschen Gegenspielers beobachtete. Die ganze Wirkung der genial-dämonischen Politik Bismarcks von 1862 bis 1871 tritt hier in ihrer Wirkung auf einen Zeitgenossen deutlich entgegen. In diesem Falle ist aber die Entscheidung gegen die Ansicht des Franzosen nicht fraglich. Die Beurteilung der Absichten Bismarcks war bisher behindert durch die strenge Zurückhaltung, die er dem Auslande gegenüber bewahrt hat. Vorläufig bewies der Münstersche Brief an Bennigsen bei Oncken[1]), daß Bismarcks Politik doch wohl peinlich bestrebt war, den Anschein einer Einmischung in die Rechte der französischen Militärhoheit zu vermeiden. Das ist jetzt bestätigt worden durch das Erscheinen der Akten des Auswärtigen Amtes. In ihnen liegt uns eine Instruktion vor, die Graf Münster in London unter dem 11. April erhielt[2]). Sie ist also abgefaßt in den Tagen, als die ernsten Besorgnisse der regierenden Stellen in Deutschland noch keineswegs behoben waren. Sie informiert ihn über die Befürchtungen, die in Deutschland von kompetenter militärischer Seite gehegt würden. „Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorbereitungen, welche die französische Regierung trifft, um ihre Armee baldigst in schlagfertigen Zustand zu versetzen, weit über das Bedürfnis einer friedlichen Politik und über die materiellen Kräfte des Landes hinausgehen". Aber der Auftrag für den Botschafter beschränkt sich darauf, bei guter Gelegenheit die englische Regierung darauf hinzuweisen, daß durch diese Vorgänge die französischen Klagen über deutsche Angriffsabsichten erst ihre rechte Beleuchtung erhielten. Also strenge Beschränkung auf abwehrende Haltung; auch nur von Andeutung kommender Abrüstungsforderungen ist nicht die Rede. Wir sehen also eine Maßnahme, die schon genau in der Linie jenes Hohenloheschen Schrittes in Paris liegt. Alles Weitergehende (wovon zeitgenössische Pressestimmen zu wissen angaben) wurde vom Reichsanzeiger[3]) auf das formellste dementiert. Da auch von französischer Seite nichts Beweisendes beigebracht worden ist, trotz der relativ intimen Fühlung der französischen mit der englischen und russischen Diplomatie, so ist offenbar von deutscher Seite international kein weiterer Schritt erfolgt.

Neuerdings hat Wahl[4]) sich überraschender Weise die von französischen Schriftstellern öfters vorsichtig angedeutete Erwägung zu eigen gemacht,

[1]) Oncken: Bennigsen II, S. 285. Brief vom 20. Juni 1875. Er schreibt: Münster habe selbst Lord Derby die Versicherung abgegeben, daß keine Forderung der Entwaffnung an Frankreich gestellt werden würde.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 158.

[3]) Kreuzztg. 3. Juni. Nr. 126. Reichsanzeiger vom 2. Juni.

[4]) Wahl S. 96 ff.

daß Bismarck angesichts der sich vorbereitenden Isolierung Deutschlands das Netz mit einem kühnen Streiche habe zerreißen wollen, indem er Frankreich auf seine Seite zu ziehen versuchte. Jene Erwägungen Hohenlohes über die Verträglichkeit deutscher und französischer Interessen seien ein verkappter Liebesantrag gewesen. Ich glaube, das ist ausgeschlossen. Wir können bestimmt annehmen, daß Bismarck vor einem bevorstehenden, nur diplomatischen Schritte der Mächte nicht übermäßigen Respekt gehabt haben wird. Dergleichen hat er ja schon 1862 von sich abgleiten lassen; jener Schritt bei Frankreich würde aber doch wieder eine psychologische Fehleinschätzung bedeuten. Frankreich hatte in diesem Augenblick schon Oberwasser erlangt; die Mächte steuerten langsam, aber sicher in das von ihm gewollte Fahrwasser hinein. Konnte Bismarck erwarten, daß der Herzog Decazes den ihm winkenden Erfolg aufgeben würde, den ersten seit 1870, auf eine plötzliche, in bezug auf Dauer mehr wie verdächtige deutsche Annäherung hin? Mußte der Franzose nicht zu dem Schlusse kommen, daß er für Bismarck gerade gut genug sein werde, ihm vorübergehend aus der Klemme zu helfen? Man vergesse nicht, daß nichts französischer gewesen wäre, als Bismarck, dem Meister diplomatischer Fourberie, eine solche gewundene Denkweise unterzulegen. Es war doch fest vorauszusetzen, daß eine solche Bewerbung in Paris in diesem Moment zu einer Niederlage führen würde, die zweifellos eine gewisse persönliche Demütigung bedeutet hätte. Und es ist ausgeschlossen, daß sich Bismarck in einem entbehrlichen Hasardspiel dieser Möglichkeit ausgesetzt hat.

Hier wie überall hat also sich Bismarck nicht auf eine Politik der Abenteuer eingelassen, ja nicht einmal an positive Schritte gedacht, in die innere Reorganisation Frankreichs mehr wie mit indirekten Druckmaßregeln einzugreifen. Wenn nach Abschluß der Krise Lord Derby im Unterhause in seiner Apologie der englischen Friedensschritte betonte, daß jene Hohenlohesche Unterhaltung die erste Etappe auf dem Wege zur direkten Forderung der Abrüstung Frankreichs gewesen sei[1]), so nahm er damit nur in einer für Deutschland aufs äußerste verletzenden Weise die ihm von der geschickten französischen Diplomatie untergeschobenen Schlagworte an.

Diese markante Schwenkung Englands, die einen ebenso großen Erfolg Frankreichs darstellte wie das Verhalten Gortschakows und des Zaren nach der Bearbeitung durch Le Flô, hatte sich ebenfalls noch in den entscheidungsreichen Maitagen herausgestellt.

Bis Ende April war man in London eigentlich überraschend ruhig und nüchtern geblieben. Zwar hatte das Erscheinen des „Post"artikels den

[1]) Staatsarchiv XXIX, S. 101 ff. Unterhausdebatte vom 31. Mai vgl. Plehn S. 349 Anm. 89.

4*

Grafen Derby doch in zeitweise Erregung versetzt[1]). Er stand dem Grafen Münster gegenüber mit einem für einen deutschen Staatsmann nicht erfreulichen Eifer für die durchaus friedliche Gesinnung Frankreichs ein. Lord Lyons, der gleichzeitig (13. April) auf Urlaub in London weilte, und der Prinz von Wales teilten diese Ansichten noch in verstärktem Maße. Aber es bezeichnete den vorläufigen Barometerstand der englischen Stimmung, daß die „Times" gegen einzelne schon auftauchende Hetzartikel einen „äußerst anständigen Ton" anschlug. Als von französischer Seite am 30. April[2]) der Geschäftsträger Gavard wegen der Radowitzschen Äußerungen vorstellig wurde, war der Staatssekretär zwar schon bedenklich, stand aber noch so stark unter dem Banne der Russellschen Phantasien, daß er dem Franzosen gegenüber seiner Ansicht Ausdruck gab, der Sturm werde sich, wenn überhaupt, gegen Österreich entladen[3]). Der am 3. Mai eintreffende Bericht Odo Russells über die Äußerungen Moltkes gegen den Belgier gaben aber seinem Phlegma den Rest. Die Erinnerung an 1870 drängte sich auf, wo auch unmittelbar vor der Krise Granville versichert hatte, daß nicht die geringste Wolke am Horizont stünde. War hier nicht die gleich dumpfe deutsch-französische Spannung vorhanden wie damals? Konnte nicht Bismarck, der damals durch den Krieg den Weg zur deutschen Einheit gebahnt hatte, jetzt durch dasselbe Mittel sich einen Ausweg aus dem Wirrsal des Kulturkampfes suchen — alles Dinge, die so auch im englischen Unterhause zur Sprache gekommen sind.

Zwar stellte Derby noch immer die Gegenfrage[4]), ob Nothomb nicht Alarmist sei, aber er wünschte jetzt doch entschieden eine russische Intervention zugunsten des Friedens in Berlin. Als am 6. Gavard wegen des Hohenloheschen Schrittes in Paris erneut bei ihm vorstellig wurde, bezweifelte er auf Grund der Ansichten Russells zwar noch, daß Bismarck persönlich den Krieg wolle, versicherte aber den Franzosen in starken Ausdrücken der Sympathie Englands und der gegenwärtigen Regierung[5]). Er wies schon darauf hin, daß der bevorstehende Zarenbesuch in Berlin die gegebene Gelegenheit zur Lösung der Krise sei, und deutete an, daß England ebenfalls direkte Schritte im Auge hätte. Es entsprach dieser somit festgelegten Richtung der englischen Diplomatie, wenn sie am selben Tage in der „Times" die Veröffentlichung eines Artikels zuließ, noch weit sensationeller als jener der „Post".

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 165.

[2]) Gavard S. 241, vgl. zum 8. April Gavard S. 232.

[3]) Gavard S. 241. Die gleiche Ansicht vertrat in der englischen Presse der „Spectator". Bismarcks Ziel sei ein Großreich Hamburg-Triest.

[4]) Newton II, S. 75. — [5]) Gavard S. 241 ff.

Die englische Presse hatte zum Teil schon im April eine recht wenig deutschfreundliche Haltung angenommen[1]). Der Strom im Lande ging augenscheinlich in stark antideutscher Richtung und mußte bei der ganzen Denkweise des Engländers so gehen gegenüber dem ewigen Störenfried, der nach seinen Erfolgen in drei Kriegen jetzt wieder neuen Anlaß zur Unruhe gab. Die Zeit, in der England in Frankreich seinen gefährlichsten Nebenbuhler erblickte, noch in dem starken Argwohn gegen Napoleon III. lebendig, war vorüber. Die Befürchtungen der Nation richteten sich fortan gegen die Gefahr eines überstarken Reiches der europäischen Mitte. Bezeichnende Symptome dieses Wandels der englischen Sympathien sind erkennbar. Der Freund des deutschen Kronprinzen, Sir Morier, konnte in diesem Augenblicke schon wagen, ihm vorzuhalten[2]), Deutschland sei der große Schuldige an der bestehenden Beklemmung Europas. Der systematische doktrinäre Chauvinismus, den es großgezogen habe, sei schlimmer als der undisziplinierte, unmethodische, durch den Frankreich den Frieden so oft gestört habe. Eine Nation dürfe sich aber nicht leisten, derartig zynischen Ansichten wie der Präventivtheorie zu huldigen.

Dieser Brief Moriers wurde geschrieben unter dem unmittelbaren Eindrucke des sensationellen „Times"-Artikels vom 6. Mai. Der Artikel ging, wie ohne jeden Zweifel ist, unmittelbar vom Herzog Decazes aus, der aber seine Spur sehr sorgfältig selbst gegen Gontaut-Biron verdeckte[3]). Doch war der Ursprung nach der alten Frage Cui bono? so durchsichtig, daß in der „Kölnischen Zeitung" als der geistige Urheber der Herzog Decazes auf der Stelle festgenagelt werden konnte[4]). Die Angaben Blowitz' in seinen Memoiren über das Zustandekommen des Artikels[5]) sind ebenso theatralisch zurechtgestutzt wie seine Nacherzählung der ihm von Le Flô 1875 berichteten Petersburger Ereignisse[6]). Der Kern aber ist trotz seiner vielen frech aus den Fingern gesogenen Geschichten[7]) zweifellos den Tatsachen entsprechend. Es geht daraus hervor, daß der französische Minister schon am 14. April bei ihm anklopfte, d. h. also — bezeichnend für seine konsequente Wühlerei —

[1]) Gavard S. 234ff. 10. April „Times" — „Standard" — „Telegraph" — „Daily News" — „L'Economist".

[2]) Morier II, S. 345.

[3]) Er gab an, Hohenlohe habe ihn inspiriert, um durch Alarmierung Europas Bismarcks kriegerische Absichten zu durchkreuzen. Hanotaux II. 2, S. 207 ff. s. dagegen bei Hohenlohe II, S. 157ff. Wertheimer II, S. 200f.

[4]) Vgl. Kreuzztg. 11. Mai. Nr. 107.

[5]) Blowitz S. 106ff.

[6]) Blowitz S. 115ff.

[7]) Es passiert ihm z. B., daß er Radowitz' angebliches Wort über christlichen Präventivkrieg Moltke zuschreibt.

am selben Tage, als drüben der Kaiser, Bülow, die „Provinzialkorrespondenz“ sich bemühten, abzublasen. Als die Redaktion der „Times“ (Mr. Delane) zunächst Bedenken hatte, wußte er diese aus dem Wege zu räumen durch Mitteilung des Radowitzschen Gespräches, das ihm nun als Hauptbeweismittel für den tatsächlichen Ernst der Lage gute Dienste leisten konnte. Nachdem die „Times“ sich noch einmal bei ihren europäischen Korrespondenten sachlich zu sichern gesucht hatte — vermutlich auch mit der englischen Regierung Fühlung genommen hatte —, erschien am 6. Mai der Artikel[1]). Eine Rekapitulation der allgemeinen Besorgnisse, ein Hinweis auf eine starke deutsche Militärpartei, die durch die Verfechtung der Präventivtheorie ihre Ursache sei. Nur das Eingreifen des Zaren könne noch den Frieden sichern. Zum Schlusse wurde der Stachel nur wenig abgestumpft durch den redaktionellen Zusatz, es handele sich hier doch wohl um übertriebene französische Sorgen.

Dieser Artikel, der Abschluß des Decazesschen Feldzuges, der die Offensive in die breite Öffentlichkeit hinaustrug, war das Signal, daß die Bearbeitung Europas am Ziele stand. Schon waren auch die diplomatischen Schritte der Mächte in Berlin im Gange.

Zunächst hatte — bereits am 5./6. Mai — Graf Schuwalow in Berlin vorgesprochen[2]). Auf der Durchreise nach London befindlich, hatte er mit dem Kaiser wie mit dem Kanzler verhandelt und zweifellos Bismarck endgültig Klarheit verschafft über die Haltung, die seitens Rußlands zu erwarten war. Direkte Angaben über den Inhalt der Besprechungen haben wir leider nur durch französische Vermittelung, vor allem in einem Berichte Gavards. Schuwalow klagte danach, daß auch Bismarck durchaus glaube, daß Frankreich zum Angriff rüste; er erwarte den Angriff erst in einigen Jahren, wolle ihm aber zuvorkommen. Im übrigen kenne er Rußlands Haltung und wisse genau, daß er mit einem feindlichen Rußland im Rücken sich nicht halten könne. Auch so geht hieraus hervor, daß Bismarck für 1875 nicht an Krieg dachte[3]), und es liegt auf der Hand, daß seine Äußerungen über die Notwendigkeit für Deutschland, gegebenenfalls einem französischen Angriff zuvorzukommen, die Grenzen dessen wohl kaum überschritten haben dürften, was er schon 1873 vor aller Öffentlichkeit erklärt hatte: daß er nicht gewillt

---

[1]) Analysen des Artikels in allen die Krise behandelnden Werken. Hanotaux II. 2, S. 208ff.

[2]) Newton II, S. 76.

[3]) Depesche Gavards vom 12. Mai. S. 248f. Anekdotische Zusatzerfindung ist also die ja auch unmögliche angebliche Drohung Schuwalows gegen Bismarck: wenn er ihm nicht glauben wolle, würden ihm andere folgen — der Zar und Gortschakow —, denen er sich fügen müßte.

sei, widerstandslos den Gegner sich die ihm genehme Zeit zum Angriffe auswählen zu lassen.

Mit der Überzeugung, daß Bismarck also an keinen Angriff für den Augenblick denke, muß Schuwalow nach London gekommen sein, wo die englischen Staatsmänner schon auf ihn warteten, um gemeinsame Interventionsschritte in Berlin festzulegen. Mit dieser Kenntnis der Lage sind dann die letzten Vereinbarungen getroffen worden, auf Grund deren die Komödie der Friedensschritte während des Zarenbesuches in Berlin inszeniert wurde. Schuwalow war es, der bezeichnenderweise die russische Konzession der Einstellung des Vormarsches gegen Merw nach London mitbrachte. Bei größter Milde wird man das Urteil nicht abändern können, daß es sich bei dieser Friedensrettung in Berlin zum mindesten von russischer Seite aus nur noch um eine konsequent und effektvoll gespielte Komödie politischer Heuchelei handelte[1]).

VI. Der Berliner Zarenbesuch.

Schon jener Besuch des Grafen Schuwalow hätte also die anderen Mächte überzeugen könen, daß weitere Friedensaktionen in Berlin einen Luftstoß bedeuten würden. Daß der alte Kaiser ehrlich den Frieden zu erhalten wünschte, war nie angezweifelt worden.

Er hat nach Beendigung der Krise in einer Randschrift zu einem Artikel der „Gegenwart"[2]) seine Ansicht über die Berechtigung des Präventivkrieges in jene klassischen Worte gefaßt, die nicht zu unserem Heile nicht immer scharf genug von Handelnden, vor allem Schreibenden in ihrer ganzen sittlichen Strenge und schlichten politischen Weisheit beachtet worden sind: „Dies ist eine Ansicht, die im gemeinen Leben etwas für sich hat, nicht so, wo Staaten sich bekämpfen sollen. Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifenden die Sympathie aller edel gesinnten Menschen und Länder zur Seite stehen, und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen. Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870! Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, keine neutres bienveillants, ja überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner finden."

Daß der Kronprinz ein fast zu unbedingter Friedensfreund war, dazu stark abhängig von entsprechenden Strömungen der öffentlichen Meinung, war ebenfalls nur zu gut bekannt[3]). Es blieb die bekannte bedrohliche

[1]) S. Akten des A. A. Bd. I, S. 295 Anm. über die mißglückten Versuche der Partner, sich nachträglich reinzuwaschen.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 181, Anm., S. 282. — [3]) S. Moriers Verhandlungen mit ihm auf seiner Hin- und Rückreise nach Italien. Morier II, S. 335ff.

Stellung des deutschen Generalstabes, voran die Haltung Moltkes. Aber unbefangene Beobachter, wie der österreichische Gesandte Karolyi, erkannten doch richtig, daß Bismarck diesen Standpunkt nicht teilte[1]).

Indessen war der gute Wille zum Einhalten auch in England nirgends mehr vorhanden. Odo Russells Bericht über Schuwalows Anwesenheit in Berlin[2]) lief aus in einen Triumphschrei über die Haltung Rußlands und den frohlockenden Ausruf, wie Bismarck die Demütigung hinunterschlucken werde, wenn der Zarenbesuch ihn zwinge, Frieden zu halten, nachdem er aller Welt proklamiert habe, daß Frankreich sich anschicke, seine Revanche zu holen[3]).

Als am 8. Mai der Zar die lange geplante Reise nach Berlin antrat, erteilte die englische Regierung Lord Russell den Befehl, die russischen Bemühungen zugunsten des Friedens zu unterstützen. Eine Zirkulardepesche an Wien, Petersburg und Rom forderte dazu auf, zur Beilegung der deutsch-französischen Differenzen beizutragen[4]). Es war ein Akt scharfer Unfreundlichkeit gegen Berlin, der Versuch, Deutschland als Störenfried vollständig zu isolieren und als einen armen Sünder durch ganz Europa zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen. Das Peinlichste blieb Bismarck nur dadurch erspart, daß hier zum ersten Male Österreich als treuer Sekundant zur Seite stand. Es war das ganz persönliche Verdienst Andrassys, der den Kaiser bei der Stange hielt, und seine persönliche Auffassung der deutschen Politik auch vor der Öffentlichkeit vertrat[5]). Andrassy durchschaute klar das Motiv der französischen Aktion, einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben, und dachte nicht daran, sich in die peinliche Diskussion hineinziehen zu lassen. Inmitten einer Umgebung, die entsetzt war über den sanguinischen Leichtsinn, mit dem er den friedfertigen Charakter der Bismarckschen Politik verfocht, hat er seine Anschauung gegen heimische Intriguen, wie die Arbeit der russischen und englischen Diplomaten behauptet. Freilich ging es nur unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit ab[6]). „Ich bin nun neun Jahre Minister, habe nie etwas vorhergesagt, was nicht eingetroffen wäre, und dem Kaiser wiederholt erklärt, er möge mich fortjagen, wenn das, was ich sage, sich nicht bewähre." Während Graf Beust in London mit

[1]) Wertheimer II, S. 230. Karolyi am 1. Mai. Vgl. sein wichtiges Gesamturteil am 15. Mai. II, S. 240.

[2]) Newton II, S. 76.

[3]) Newton II, S. 76.

[4]) Newton II, S. 78.

[5]) „Montagsrevue". Vgl. Wertheimer II, S. 231 ff. Wichtig sein Vortrag vom 11. Mai: II, S. 233 „Panik der diplomatischen Welt", die er nicht mitmachen will.

[6]) Przibram, Ludwig Ritter von: Erinnerungen eines alten Österreichers. Bd. I. 1910. S. 390 ff.

allen Mitteln daran arbeitete[1]), seinem alten Gegner die europäischen Mächte an den Hals zu jagen, war er scharfsichtig genug, zu erkennen, daß für Österreich nur eine zu intime deutsch-russische Annäherung eine ernste Gefahr bedeute und daß darum der ungeschickte Vermittlungseifer Gortschakows mittelbar dem österreichischen Interesse dienstbar wäre. Die Haltung Österreichs bewog auch Italien, sich dem von England vorgeschlagenen Schritte in Berlin fernzuhalten[2]).

So blieb denn für die Berliner Kaiserbegegnung nur ein englisch-russischer Ansturm.

Empfangen wurde der russische Besuch mit Beruhigungserklärungen sowohl der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wie der Havas-Agentur[3]). Auf den englischen Vermittlungsvorschlag, den am 9. Mai Lord Russell bereits vorgebracht hatte[4]), antwortete man zunächst mit kühler Ablehnung, da keine Bedrohung des Friedens vorhanden sei[5]).

Am 12. Mai erhielt Münster eine Instruktion[6]), in der, mit gewollter Schärfe das tatsächliche Verhalten des Herzogs Decazes ignorierend, betont wurde, daß zwischen deutscher und französischer Regierung „nicht die leiseste Tonart einer Verstimmung" aufgekommen sei. Ein deutlicher Vorwurf gegen das englische Kabinett lag aber darin, daß die ganze Angelegenheit nur als Folge gewissenloser Pressehetze hingestellt wurde. Der beste Weg zur Beruhigung Europas würde darin bestehen, daß die englischen Minister die deutsche Politik gegen die tendenziöse Verleumdung in Schutz nähmen. Bismarck brach also dem Ernst der politischen Kombination, die sich so plötzlich gegen ihn gebildet hatte, zunächst dadurch die schärfste Spitze ab, daß er die umstrittene Frage als Pressebagatelle behandelte. Es war gewiß nur eine Taktik des Ausweichens, aber der Weg, der am sichersten und glattesten über die augenblicklichen Verlegenheiten hinaushelfen konnte.

Die russische Vermittlung lief natürlicherweise genau entsprechend ab wie zwei Tage vorher dieses englische Angebot der guten Dienste. Die einzelnen Phasen der Verhandlungen sind nicht näher bekannt. Schon am Tage der Ankunft besuchte der Zar den Fürsten; am 11. vormittags fand in dessen Palais die Hauptkonferenz zwischen ihm und Gortschakow statt[7]). Der

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 184, S. 285 und Nr. 186, S. 289 über Beusts Bedeutung für die Entschlüsse des Grafen Derby.

[2]) Wertheimer II, S. 232. — Przibram I, S. 394.

[3]) Kreuzztg. 11./12. Mai. Nr. 107/108.

[4]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 174. Aufzeichnung Bülows über Russells Mitteilungen.

[5]) Wertheimer II, S. 206. — Hohenlohe II, S. 156. — Dreux S. 137.

[6]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 176.

[7]) Wertheimer II, S. 236 ff. Vgl. Plehn: Einwendungen gegen den Bericht Karolyis, S. 348, Anm. 68.

ganze Angriff Gortschakows war gegenstandslos, weil es hier — wie der Kaiser Alexander nachträglich in Petersburg dem General Schweinitz erklärte — nichts zu pazifizieren gab. Persönlich ist diese Auseinandersetzung der beiden Kanzler offenbar nicht ohne Schärfe abgegangen. Bismarck äußerte sich am 11. Mai sehr aufgebracht über Gortschakows Eitelkeit zu Odo Russell, der freilich kaum ein geeigneter Vertrauensmann war. Seine Äußerungen in den „Gedanken und Erinnerungen", seine Beschwerden beim Zaren sind bekannt.

Zu der großartigen Alternative, die Gortschakow dem Kanzler hatte stellen wollen, kam es so begreiflicherweise überhaupt nicht. Einen sehr bitteren Nachgeschmack erhielt die ganze Angelegenheit vor aller Öffentlichkeit dadurch, daß Gortschakow bei der Abreise in einer Zirkulardepesche vom 13. glaubte, breitspurig feststellen zu müssen, daß man in Berlin doch tatsächlich friedlich gesinnt sei[1]). Das Telegramm kam durch den russischen Geschäftsträger am Karlsruher Hofe auf der Stelle in die Presse. (Badisches „Badeblatt".) Für die von Bismarck ausgegebene pointierte Formulierung: „Maintenant la paix est assurée", ist kein Beleg zu finden. Die Tatsache und Bedeutung der Depesche bleibt aber unverändert auch in der jetzt bekannten authentischen Form[2]). Auch so ist sie ein Akt empfindlicher Unfreundlichkeit[3]). Gegenüber all diesen Reibungen konnte es nicht mehr nützen, daß der Zar durch die Befreiung von dem Drucke, unter dem Gortschakow ihn gehalten hatte, sichtlich aufatmete. Es war ihm offenbar eine Herzensfreude, daß sein persönlicher Glaube an die loyale, friedliche Haltung seines Oheims, schließlich aber auch Bismarcks, bestätigt war[4]). Der Dolchstoß in den Rücken war doch zu empfindlich gewesen, als daß er nicht eine anhaltende Entfremdung hätte nach sich ziehen müssen. Rußland hatte unleugbar in ganz einschneidender Weise in einem gegen den bisherigen Verbündeten gerichteten Feldzuge die Führung übernommen. Das Dreikaiserbündnis hatte mit diesen Ereignissen, die ja nicht unvorbereitet gekommen waren, als Vertrauensverhältnis den Todesstoß erhalten. Es war noch nicht gerade tabula rasa mit ihm gemacht worden. Die offiziöse Presse pries es gerade in diesen Tagen in allen Tonarten als sicherste Garantie des europäischen Friedens. Nur daß die europäische Diplomatie genau wußte,

[1]) Hanotaux II. 2, S. 214.

[2]) Allerdings ist die Ungenauigkeit in diesem Falle sehr auffallend. Bismarck gibt an, einer der deutschen Monarchen habe ihm den Text der Depesche gezeigt. S. jetzt Akten des A. A. Bd. I, Nr. 182. „L'Empereur quitte Berlin parfaitement convaincu des dispositions conciliantes qui y règnent et qui assurent le maintien de la paix."

[3]) Der beste Beweis dafür ist, daß der Herzog Decazes diese Auffassung teilte; s. Hanotaux II. 2, S. 217 ff. 14. Mai. Schreiben an O. Harcourt.

[4]) Gontaut S. 497. — Akten des A. A. Bd. I, Nr. 175.

welchen bitteren Nebengeschmack dies für Deutschland hatte. In dem Verhalten Rußlands lag ein starker Nachklang aus vergangenen Tagen, in denen die deutsche Schwäche ein stetes Eingreifen des östlichen Nachbarn in all unsere politischen Verhältnisse gestattet hatte. Die von den Franzosen sorgfältig gepflegte Eitelkeit Gortschakows hatte sich schließlich in einer Weise hinreißen lassen, die mit den wirklichen russischen Interessen nicht das geringste mehr zu tun hatte. Denn die Entfremdung zwischen Berlin und Petersburg schwächte nur die russische Stellung gegenüber der englischen Politik. Ein Bündnis mit Frankreich hatte Rußland für seine Ziele im Orient zunächst jedenfalls nichts zu bieten, während England mit Genugtuung verzeichnen konnte, daß Rußland sich bereitwillig in die vorderste Linie stellte, ihm so den undankbarsten Teil der Aktion am Berliner Hofe im wesentlichen abnahm und zwischen sich und seinem stärksten kontinentalen Freunde einen tiefen Graben zog — am Vorabend einer großen orientalischen Krise. Es war so, wie Lord Derby am 20. Mai[1]) das Ergebnis der englischen Politik an Disraeli zusammenfaßte: „Was wir taten, schloß kein Risiko in sich und kostete uns keine Unruhe, während es uns den Schein gab, geholfen zu haben, in höherem Grade als wir in Wahrheit zu dem erreichten Ergebnis beitrugen." Aus dem Briefwechsel Disraelis und Derbys geht hervor, daß diese Leiter der englischen Politik, besonders Disraeli, außerordentlichen Wert auf den erzielten Prestigeerfolg legten[2]). Graf Münster wird also wohl im Rechte gewesen sein, wenn er im hohen Grade Motive der inneren englischen Politik als bestimmend für die Haltung der Minister annahm[3]). Man wollte dem Parlament gegenüber sich den Ruhm einer energisch geleiteten auswärtigen Politik erwerben. Die Briefe Disraelis sonnen sich mit sichtlichem Behagen in dem erreichten Glanze: „Ich glaube, seit Pam sind wir niemals so energisch gewesen, und in einem Jahre werden wir es noch mehr sein"[4]).

VII. Ergebnisse.

Es war überhaupt das Gepräge dieses Endstadiums, daß die gewollte Suggestion von der französischen Diplomatie einem großen Teil Europas mehr oder weniger aufgezwungen war. Auch England war ihr durchweg erlegen. Derby hat privat seiner Überzeugung Ausdruck verliehen[5]), daß Deutschland den Krieg gewollt habe und nur vor Europa zurückgewichen sei.

---

[1]) Monypenny and Buckle: Disraeli V, p. 424. — [2]) Monypenny V, p. 423ff.
[3]) Brief an Bennigsen vom 20. Juni. Oncken II, S. 286.
[4]) Monypenny V, p. 424. Disraeli an Lady Bradford. Pam = Abkürzung des Briefschreibers für Palmerston. — [5]) Hanotaux II. 2, S. 227.

Die Königin Viktoria — vom Kaiser brieflich wegen Derbys schon erwähnter Unterhausrede zur Rede gestellt, berief sich darauf, daß es für sie ein leichtes wäre, ihm nachzuweisen, daß ihre Regierung bei ihren Besorgnissen nicht Gespenster gesehen habe[1]). Bezeichnend war es, daß selbst Andrassy den Deutschen mit einer gewissen Befriedigung diese „Lektion" gönnte[2]).

Das persönliche Element der Abneigung gegen den überragenden Geist des deutschen Staatslenkers, herstammend aus dem erklärlichen Fachneid der europäischen Diplomatie, spielt in diesen ganzen Vorgängen eine große Rolle.

Denn darüber, daß die deutsche Regierung nicht entfernt an einen Präventivkrieg gedacht hat, kann doch alles in allem kein Zweifel sein. Es hat in Berlin einen Augenblick ernster Sorge gegeben, das war unter dem frischen Eindruck der Annahme des französischen Militärgesetzes. Aber man hat sich dann sofort entschlossen, eine starke defensive Haltung zu wahren. So wies man wohl an den europäischen Höfen auf seine Sorgen hin, aber unter strenger Betonung seiner abwartenden Haltung. Anderseits gab es von diesem Standpunkt aus keinen Grund, diese Befürchtungen in der Presse nicht zur Sprache zu bringen, und man ließ ihren Erörterungen zunächst ruhigen Lauf, schnitt sie jedoch loyal ab, als der französische Botschafter beruhigende Mitteilungen gemacht hatte. Während nun von französischer Seite trotzdem Ende April und Anfang Mai mit allen Mitteln gearbeitet wird, Europa gegen Deutschland in Harnisch zu bringen, begnügt sich die Berliner Regierung fortan mit dem Hinweis in Paris, daß man in Berlin seine Ansicht von dem augenblicklich nicht bedrohlichen, aber für die Zukunft der Ruhe Europas besorgniserregenden Charakter der französischen Heeresvorlage nicht geändert habe. Eine konsequentere friedliche und ruhige Politik kann kaum gedacht werden, wenn es auch verständlich ist, daß die Franzosen aus diplomatischen Gründen gewisse Stimmungen anderer Mächte mit Fug und Recht zu ihren Gunsten ausnutzten. Die Politik des Herzogs Decazes hat zweifellos geschickt operiert; im einzelnen war sie vielleicht nicht immer so skrupellos, wie sie erscheint. Er hat sich scheinbar oft an seinen eigenen Worten berauscht. Wenn seine Dankbriefe in ganz überschwenglicher Weise von der Gefahr einer deutschen Abrüstungsforderung sprechen, der man entgangen sei, so klingt das subjektiv hier und da ehrlich, beweist aber nur, daß er während der eigentlichen Operationen schärfer und kritischer beobachtet hat, als nachher. Denn damals hatte er ja festgestellt, daß Bismarck seiner Politik ein drohenderes Aussehen gäbe, als der Wirklichkeit entspreche.

[1]) Berner II, S. 306f., Nr. 539. Akten des A. A. Bd. I, Nr. 189.

[2]) Wertheimer II, S. 238. An Kaiser Franz Josef. 13. Mai.

Was von den ganzen Vorgängen zurückblieb, war zunächst sehr wenig. Plehn[1]) hat darum geurteilt, daß außer einigem symptomatischen Interesse jene Vorgänge politische Folgen nicht gehabt hätten.

Es ist zwar richtig, daß die Verwicklung jener Monate durch das Einsetzen der orientalischen Krise noch im Jahre 1875 wieder erledigt gewesen ist, aber man hat sich doch so schnell nicht über die Vorgänge hinweggesetzt. Zunächst stellte ein Teil der deutschen Presse sofort fest, daß Deutschland gegenüber Rußland eine wenig angenehme Rolle gespielt hätte[2]). Auch der deutschen Öffentlichkeit war die russische Tonart auf die Nerven gefallen. Diese Auffassung ist so schnell auch nicht vergessen worden. Geffcken hat 1892 in seiner Broschüre dieses Jahr als den verhängnisvollen Wendepunkt betrachtet, in dem die deutsch-russische Freundschaft zuerst erschüttert worden sei. Es entsprach seiner sonstigen falschen Auffassung, wenn er dann folgerte, daß Bismarcks Kriegsabsichten, nicht die Politik des Neuen Kurses die Schuld an der Entfremdung beider Mächte trügen. Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß in der Tat hier ein Zusammenhang vorhanden ist.

Seit 1871 läuft ein ununterbrochener Faden in der russischen Politik, der es in seiner europäischen Politik mißtrauisch gegen die kontinentale deutsche Machtstellung zeigt, durchkreuzt allerdings von entgegengesetzt arbeitenden Motiven, die Rußlands Orientpolitik entstammen. Das Jahr 1875 bezeichnet den ersten Ausbruch dieser Stimmung, der aber seit 1872 sich vorbereitet hatte. Den Charakter persönlicher Willkür hat dieses Element der russischen Politik stets getragen — darum konnte es auch wiederholt auf lange Zeit zurückgestellt werden, weil eben keine direkt sich schneidenden deutsch-russischen Interessensphären vorhanden waren, solange die deutsche Politik Bismarcks eine Politik der weisen Beschränkung war. Aber jenes Element steten Mißtrauens zwang die deutsche Politik, aus ihrer alten europäischen Position herauszugehen und sich neue Anlehnungen zu suchen.

Bismarck hat darum schon 1875 mit Befriedigung festgestellt, daß Österreich sich als guter Sekundant bewährt hatte[3]).

Es war dann weder Schuld des Fürsten, noch überhaupt freiwillig geschehen, wenn er schon im folgenden Jahre durch das entschiedene Ultimatum Alexanders genötigt wurde, zwischen Rußland und Österreich zu optieren. Daß es ihm möglich war, sich für Österreich zu entscheiden, ist aber zweifellos durch die Ereignisse von 1875 erleichtert worden.

Schon damals sind die Bedenken dieses Schrittes von einsichtigen Beobachtern in Deutschland durchschaut worden. Heinrich v. Treitschke hat

[1]) Plehn S. 55.

[2]) Kreuzztg. 27. Mai. Nr. 120.

[3]) Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck. Neue Folge. Stuttgart 1905. Bd. I, S. 51 ff.

1876[1]) hingewiesen auf die Gefahr, daß Österreich durch einen Angriff auf Serbien uns in einen Weltkrieg hineinziehen könne, ohne doch ein als Äquivalent genügendes Maß von unterstützender Kraft bieten zu können. — Auch Bismarck hat das empfunden, denn so erklärt sich sein von Eckardstein berichteter Versuch[2]), sich an England eine weitere Stütze zu sichern.

England hatte den deutschen Stolz freilich zuletzt ebenso rücksichtslos verletzt wie Rußland. Man hatte in Berlin den englischen Vermittlungsschritt zunächst mit ruhiger Kühle abgewiesen. Als man am 12. Mai von dem italienischen Gesandten haarklein erfuhr, daß die Engländer auch in Rom gegen Deutschland geworben hatten[3]), wurde man empfindlich. Bismarck sah den Grund für die Haltung der englischen Politik vielleicht zu stark in persönlichen Motiven[4]). Er führte sie wesentlich auf die ultramontanen Verbindungen des Lord Lyons, auf den Einfluß Beusts, die Korrespondenz der Königin Viktoria mit der aus Kreisen der gleichfalls klerikalen französischen Botschaft in Berlin beeinflußten Kaiserin Augusta zurück. Grandios ist aber wieder die Entschlossenheit, mit der er nun der Gefahr der Entfremdung nicht ausweicht, sondern sie überwindet, dadurch, daß er den Gegner zwingt, Farbe zu bekennen. Am 31. Mai hatte Derby seine die deutsche Politik so herb beurteilende Oberhausrede gehalten; am 3. Juni erhält Graf Münster Auftrag, ihm zunächst vertraulich die Frage zu stellen, wie die englische Regierung zu der Annahme gelangt sei, daß Deutschland den Frieden stören oder eine Herabsetzung der französischen Rüstungen fordern werde[5]). Die begleitende Instruktion zeigt, mit welcher Schärfe Bismarck die Gefahr erkannte, daß die englische Regierung wieder einmal wie soeben die Führung der europäischen Kabinette gegen Deutschland ergreifen könnte.

Der deutsche Botschafter hat diesen Auftrag am 9. Juni in voller Schärfe ausgeführt. Es habe unangenehm berührt, daß London, ohne vorheriges Einvernehmen mit Berlin auch nur zu suchen, sich mit den anderen Mächten verständigt habe. „Es habe fast ausgesehen, als bereite England eine Koalition vor."[6]) Lord Derby kam begreiflicherweise in seiner Antwort nur durch einigermaßen gewundene Interpretationen um die Tatsache herum, daß er offensichtlich an deutsche Kriegsabsichten geglaubt hatte.

---

[1]) Briefe, hrsgb. von Cornicelius III, S. 1. 5. Juli 1876 an Th. Nöldecke.

[2]) Eckardsteins eigene Anschauung, daß Bismarck 1875 anfänglich den Krieg gewollt, später davon abgelassen habe, erklärt sich wohl einfach aus der englischen Quelle, der diese Mitteilung offenbar entstammt — entsprechend der gesamten Färbung seines Buches. Vgl. Fester in: Deutsche Rundschau, August 1920, S. 219.

[3]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 178. Eigenhändige Aufzeichnung Bülows vom 12. Mai.

[4]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 180. Instruktion an Münster. 14. Mai.

[5]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 184.

[6]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 188, S. 290 ff.

Wenn er sich aber nun eifrig bemühte, die Schuld an der ganzen Vermittlung auf Petersburg abzuschieben, so konnte das auf die deutsche Diplomatie keinen imponierenden Eindruck machen, bei der gleichzeitig die Russen das umgekehrte Manöver betrieben[1]).

Aber schon im Juli ging er doch hinaus über seine anfängliche Beteuerung, daß er nicht daran gedacht habe, die europäischen Kabinette gegen Deutschland zusammenzuschmieden, und äußerte den Wunsch, ein gutes Einvernehmen mit Berlin herzustellen[2]). Es ist dieser Riß in der Aufstellung der Mächte gewesen, den Bismarck benutzt hat, England zu umwerben. Hergestellt aber hat er ihn selbst, indem er dem englischen Staatssekretär durch die energische Interpellation über die Motive seines Handelns die Ungedecktheit vor Augen brachte, in die ihn sein hitziger Angriff mit wenig zuverlässigen Helfern gebracht hatte.

Bismarcks Werben um Englands Hilfe ist 1876 gescheitert. Die große Inselmacht empfand sich noch nicht als bündnisreif für die Festlandsmächte. Aber daß es sich für den Kanzler nicht um einen Gelegenheitsfühler handelte, sondern um den planvoll ersten Schritt zur Ausführung eines politisch grundlegenden Richtungswandels, beweist die fortan immer wiederkehrende Erneuerung des Versuchs einer solchen Annäherung an England. 1889 hat er Kaiser Franz Josef versichern können: „das ganze Ziel und Objekt der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen“[3]). Die Ereignisse des Jahres 1875 sind es gewesen, die ihn bewogen haben, das Steuer in dieser Richtung einzustellen.

Man kann aber Ereignisse, die solche Konsequenzen nach sich ziehen, kaum als Episode bezeichnen, weil sie, in einer bestimmten Entwicklungsreihe der europäischen Politik stehend, zeitweise in den Hintergrund traten, solange andere Fragen den Vordergrund einnahmen. Auch die Entwicklungsgeschichte der orientalischen Frage in den nächsten Jahren zeigt stets, daß die deutsche Politik fortan mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß eines Tages Frankreich und Rußland sich finden würden. In der Verkettung von Boulangerepisode und bulgarischer Krise sind beide Interessensphären dann zuerst in engen Kontakt getreten. Wenn diese Fragen in jenen Jahren noch nicht so unaufhaltsam zur Krise drängten wie seit 1890, so ist dies eben nur auf die überlegene Staatskunst zurückzuführen, mit der die deutsche Politik zwischen 1871 und 1890 im Vergleich zu jener späteren Zeit geführt worden ist.

---

[1]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 190 und Anm. S. 295.

[2]) Akten des A. A. Bd. I, Nr. 191. Bericht Münsters vom 28. Juli 1875.

[3]) Nach Fester in: Deutsche Rundschau 1920. Oktober. S. 96. Worte Bismarcks in der Staatsratssitzung vom 17. August 1889 bei Lucius S. 500.

Anhang.

Zu: Fuller, The War Scare of 1875. American Historical Review 1919. Vol. XXIX, Nr. 2.

Die Fullersche Arbeit bedeutet materiell keine Erweiterung unseres Wissens über die Kriegsgefahr von 1875. Auch er hat das Manuskript, das der leider verstorbene Goriainow über unsere Frage ausgearbeitet hat und dessen Schicksal ungewiß ist, nicht benutzen können und arbeitet nur mit den vor den Veröffentlichungen der letzten Jahre bekannten gedruckten Quellen.

Seine Arbeit ist jedoch für den deutschen Historiker interessant als eine relativ neue Spiegelung der Ansichten des Auslandes durch einen Mann, der zweifellos den guten Willen zur Objektivität hat.

Der Ausgangspunkt, den Fuller wohl gehabt hat, die Arbeit seines Lehrers Coolidge über die Ursprungsgeschichte des Dreibundes, hätte an und für sich die Möglichkeit gegeben, das Urteil in den verschiedensten Richtungen zu präzisieren. Coolidge nimmt ungefähr den Standpunkt der vorsichtigen nichtdeutschen Autoren ein, die vor dem Kriege die Frage als nichtgeklärt betrachteten. Sie ist ihm letzten Endes mysteriös. Die Möglichkeiten der Lösung scheinen ihm zwischen einfachem Einschüchterungsmanöver Bismarcks gegen Frankreich oder dem Plane eines Abrüstungsultimatums zu liegen.

Sein Schüler hat geglaubt, die Frage lösen zu können, und neigt zu einer Ansicht, die sich im wesentlichen mit der letzteren Alternative deckt.

Gleich im Eingange seiner Arbeit tritt uns befremdlich ein sehr schroffes Urteil über den Bismarckschen Bericht über 1875 in den Gedanken und Erinnerungen entgegen: „Es ist ein kühner Ausspruch, aber doch keine Übertreibung, daß kaum ein Satz dieser zwingenden und überzeugenden Erzählung, wenn die Beweismittel abgewogen werden, der Brandmarkung als mehr oder weniger überlegt falsch entgehen kann.“ Im Verlaufe der Arbeit wird viel Gewicht auf die Widersprüche gelegt, in die sich Bismarck bei seinen mannigfachen Versuchen zu einer nachträglichen Erklärung der ihm sehr unangenehmen Ereignisse verwickelt hat. Leider ist nie der Versuch gemacht, der sehr einfachen Auflösung der damit gegebenen Rätsel nachzukommen durch die psychologische Erwägung, daß diese Vorgänge auch in dem greisen Bismarck noch den Zorn und die Erregung des Mitkämpfers aufstachelten, und daß sein Zeugnis, das für den Historiker wertvoll als Teil seiner Persönlichkeit erscheint, nicht zu beurteilen ist wie der ruhige Bericht eines nach Objektivität strebenden Betrachters, der der geschichtlichen Erkenntnis dienen will und darf.

Es ist ein verwandtes Gebrechen der Arbeit, vielleicht beim Ausländer immer wieder verzeihlich, daß die Vielgestaltigkeit der deutschen Verhältnisse nicht genügend zum Ausdruck kommt. Der Beweis für den inneren Zusammenhang Bismarcks mit dem deutschen Pressefeldzug wird sofort zu der Folgerung, daß Bismarck mit ihm zu identifizieren sei. Die eigentümliche Zwischenstellung des Kanzlers, der diesen Pressesturm benutzt, ohne sich ihm gleichzusetzen, kommt nicht zu ihrem Rechte. Noch ernster ist der Fehler, daß zwischen Bismarck und Radowitz[1]) keine Trennungslinie gezogen

[1]) So auch schon Coolidge S. 58: „Es ist unwahrscheinlich, daß sich einer seiner (Bismarcks) Untergebenen auf seine eigene Verantwortung so weit vorgewagt hätte, und es gibt keine Anzeichen, daß Radowitz für seine Geschwätzigkeit bei dieser Gelegenheit jemals einen Verweis erhalten hätte.“

wird, obwohl sie durch Hohenlohe und das Tagebuch Karls von Rumänien doch schon damals nahe genug gelegt wurde. Von den Gegenströmungen am kronprinzlichen Hofe erfahren wir gar nichts. Alles das aber wirkt dahin, daß dem Verfasser die deutsche Politik zu sehr als ungebrochene Einheit erscheint, daß ihm dann die extremen Stimmen vorwiegen und die Zeichnung auf Abwege gerät.

Mächtige Einflüsse haben dazu noch entscheidend beigetragen.

Seite 200 heißt es in charakteristischer Weise über die Radowitzsche Präventivtheorie: „Diese Lehre ist rein und einfach die der Rechtfertigung des Präventivkrieges, die während des letzten halben Jahrhunderts häßlich und drohend im politischen Denken Deutschlands erkennbar war, die jedes Vertrauen in seine öffentliche Vertrauenswürdigkeit verdarb und überall Mißtrauen in die Aufrichtigkeit seiner Beteuerungen friedlicher Politik gegenüber den Nachbarstaaten säte."

Der Kern und Ursprung dieser Anschauungen ist uns leider nur zu gut bekannt, und man muß von vornherein die Möglichkeit bestreiten, daß von solchen Ansichten aus sich ein objektives Urteil über die deutsche Geschichte seit 1871 finden läßt.

Fuller befand sich zur Durchführung seiner grundlegenden These, daß Deutschland eine französische Abrüstung habe erzwingen wollen, in schwieriger Lage, weil dieser Plan durch das Eingreifen Europas vereitelt war, aus dem Erfolge also nicht mehr nachweisbar war[1]). Er sucht sich zu helfen[2]), indem er aus der großen Anzahl deutscher Vorstöße im März, April und Mai auf die Notwendigkeit schließt, daß ein konkreter Plan, ein bestimmtes Ziel vorgelegen haben müsse. Da er aber hierbei die Mission Radowitz, die deutschen Presseartikel, das Tischgespräch Radowitz', schließlich einzelne Äußerungen Bismarcks, Münsters und Moltkes in eine Reihe bringt, so zerfällt dies Argument in sich. Denn das sind alles höchst verschiedenartige, jeder nach seiner Art ganz verschieden zu motivierende und zu erklärende Vorgänge, deren einziges Gemeinsames darin besteht, daß sie Ausdruck der allgemeinen Besorgnis sind, die das Erstarken Frankreichs — wir können wohl sagen — mit Notwendigkeit erregen mußte. Eine Einsicht in diese Komplikationen ist allerdings solange unmöglich, als man für deutsche Dinge sich auf einen so giftigen Bismarckhasser wie Geffcken stützt[3]), den Fuller durch eine lobende Anerkennung auszeichnet. Das letzte von Fuller als entscheidend angesehene Argument ist schließlich das Hohenlohe-Gespräch vom 4. Mai in Paris. Es berührt eigentümlich zu sehen, wie Wahl und Fuller in der Ausdeutung des gleichen Nachrichtenmaterials über diesen Schritt zu einander schroff entgegengesetzten Schlüssen kommen. Nach dem einen ein Freundschaftsantrag — nach dem anderen die Andeutung einer kommenden Abrüstungskonferenz, oberflächlich eingewickelt in wohlwollende, aber billige Redensarten. Die Kraft der Argumente ist auf beiden Seiten gleich schwach. Es sei zwar nicht unmöglich, meint Fuller, daß Bismarck sich mit der Erfolglosigkeit seines Schrittes abgefunden hätte: „Aber es ist viel leichter, sich einen zweiten Besuch Hohenlohes mit bestimmter gefaßten Ausdrücken vorzustellen[4])". Bismarck habe mit dem Feuer gespielt, er habe wissen müssen, daß

---

[1]) S. 208: „Da man ihnen so zuvorgekommen war, hatten die wahren Pläne des Kanzlers niemals Aussicht, verwirklicht zu werden — zum Glück für den Frieden der Welt, aber zur großen Verlegenheit derer, die den wahren Kern der ganzen Angelegenheit festzustellen suchen."

[2]) S. 224.

[3]) S. 223: „Verschiedene angesehene Schriftsteller, unter ihnen Dr. Geffcken."

[4]) S. 225.

Frankreich sich dieser Forderung nicht unterwerfen konnte. Seine Politik könne darum nicht von dem Vorwurfe freigesprochen werden, die Gefahr eines Krieges in sich geschlossen zu haben[1]).

Eine solche Argumentation ist doch nur dadurch erklärlich, daß die internationalen Zusammenhänge nicht scharf genug in Rechnung gestellt sind, was sich auch sonst in der Arbeit äußert, z. B. in dem Mangel einer Behandlung der Vorgeschichte des Jahres 1875. Das Hohenlohesche Gespräch fand statt eine Woche vor dem Zarenbesuch in Berlin, gute zehn Tage, nachdem Werder aus Petersburg gekommen war. Die Annahme, Bismarck habe in diesem Augenblick noch Frankreich durch das drohende Gespenst einer Abrüstungsforderung schrecken wollen, leidet offensichtlich an innerer Unmöglichkeit. Sie würde behaupten, daß Bismarck, damals doch schon im klaren über Rußlands Stellung, sich mutwillig in eine Lage begeben hätte, die zu einer sicheren Niederlage führen mußte. Es ist zuviel verlangt, wenn wir glauben sollen, daß der klügste Diplomat dieser ganzen Zeit einen solchen offenkundigen Fehlgriff getan haben soll. Fuller geht damit auch in unhaltbarer Weise über das hinaus, was uns die Quellenzeugnisse als Inhalt der Hohenloheschen Mitteilung angeben: Danach enthielt der deutsche Schritt nur eine neue Betonung der eigenen Besorgnisse. Durch keine Kunst der Deutung oder des Ahnens von verborgenen Absichten läßt sich hieraus die Annahme stark aggressiver Absichten haltbar oder nur wahrscheinlich machen.

Es muß schließlich befremden, daß bei der Schärfe, mit der die deutschen Staatslenker einer sittenrichterlichen Beurteilung ihrer Handlungen unterworfen werden, der Herzog Decazes mit der kurzen, wohlwollenden Bemerkung davonkommt, er habe eben seinen Vorteil geschickt gebraucht[2]). Und doch kann Fuller nicht umhin zuzugeben, daß er nach Petersburg die Gefahr: „vielleicht sogar noch drängender, als es die Lage im Augenblick erforderte", geschildert habe.

Dennoch ist das Streben nach sachlicher Beurteilung dem amerikanischen Darsteller auf keinen Fall abzusprechen. Davor schützt Fuller schon die Entschiedenheit, mit der er Bismarck von dem Vorwurfe entlastet, er habe direkt den Krieg gewollt. Wenn er meines Erachtens nach nicht zum Ziele kommt, so liegt es an drei Gründen: 1. Über der Erörterung des Einzelverlaufs der Ereignisse ist der europäische Zusammenhang der Lage in der schnellen Vereinsamung Deutschlands seit März 1875 nicht genügend in Rechnung gestellt. Sonst hätten nicht Bismarck noch für Anfang Mai stark aggressive Gedanken zugeschoben werden können; 2. schadet die Nichtbeachtung der Verwickeltheit der politischen Fäden in Deutschland; 3. macht sich spürbar die Einwirkung der im Weltkrieg der ganzen außerdeutschen Welt aufgedrängten Suggestionen über die geheime Perfidie des deutschen Imperialismus. Fuller schließt: „Grundsätzlich und in den Ergebnissen bedeutet die Angelegenheit einen wichtigen und bedeutenden Abschnitt in der Entwicklung der deutschen Reichspolitik, die sich selbst so oft in eben die Lage brachte, die sie am meisten fürchtete und zu verhindern suchte, und die unvermeidlich früher oder später in der Verwirklichung der brutalen Drohung gipfeln mußte, die immer die Haupttriebfeder ihrer Handlungen und das grundlegende Argument ihrer Ansichten gewesen ist."

[1]) S. 226. — [2]) S. 204/205.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstraße 68—71.


BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22402 2605

FORSCHUNGEN UND DARSTELLUNGEN
AUS DEM
REICHSARCHIV

Erstes Heft:

Die Sendung des Oberstleutnants Hentsch am 8. bis 10. September 1914

Auf Grund der Kriegsakten u. persönlicher Mitteilungen bearbeitet

von **Wilhelm Müller-Loebnitz**
Oberarchivrat im Reichsarchiv, Oberstleutnant a. D., ehemals im Großen Generalstab

2. Auflage / Preis M 20,—

In dem Werk, das nur auf aktenmäßigen und autbentischen Darstellungen fußt, ist nach dem Urteil der „Mecklenburger Nachrichten" alles gesagt, was nach dem Tode der Hauptbeteiligten über den Fall Hentsch zu sagen ist. Bei seinem Studium wühlt in jedem Deutschen der ganze Schmerz, wenn er sieht, wie greifbar nahe der Sieg war. Es gibt wohl keinen, der das Buch nicht erschüttert aus der Hand legt.

Zweites Heft:

Deutsche Wirtschaftspropaganda im Weltkrieg

Von Dr. rer. pol. **Rudolf Wiehler**

Preis M 22,50

An Hand umfangreichen Materials behandelt Dr. Wiehler erstmalig das Problem der wirtschaftlichen Propaganda im Kriege. Ein Vergleich mit der gegnerischen Werbearbeit sowie die Behandlung der nachrevolutionären Propaganda gewährt lehrreiche Einblicke. Ein Fachmann kommt hier zum Wort und bietet nicht nur ein Bild der Zeitgeschichte, sondern auch wertvolle Anregungen für den Wiederaufbau.

Weitere Hefte in Vorbereitung

Ernst Siegfried Mittler und Sohn,
Buchdruckerei G. m. b. H. / Berlin